

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Pietro Quaroni
Die Rolle der Vereinten Nationen
in der Weltpolitik
(auf Seite 155)

BORIS MEISSNER

Der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking

I. Die geistig-ideologische Auseinandersetzung im kommunistischen Herrschaftsbereich

Die Entwicklung in dem kommunistisch beherrschten Teil der Welt ist seit einigen Jahren durch die Auseinandersetzung dreier geistiger Strömungen gekennzeichnet, die sich vor allem um die Pole Moskau, Belgrad und Peking gruppieren.

Auf der einen Seite gibt es den ideologischen Konflikt zwischen einer universalistisch-totalitären und einer reformistischen Deutung des Kommunismus. Er tritt uns in der Auseinandersetzung zwischen dem Sowjet- und Reformkommunismus entgegen.

Auf der anderen Seite machen sich ideologische Differenzen zwischen der westlichen und östlichen Metropole der „rechtgläubigen“ kommunistischen Lehre bemerkbar, die erkennen lassen, daß das universalistisch-totalitäre Konzept des Marxismus-Leninismus keineswegs einheitlich ist, sondern zwei Auslegungen zuläßt. Damit bahnt sich eine Auseinanderentwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich an, die nicht nur für die weitere Entwicklung des Weltkommunismus, sondern auch des Sowjetimperiums von schicksalhafter Bedeutung sein kann.

Die Auswirkungen des 20. Parteikongresses der KPdSU und insbesondere die Anti-Stalin-Rede Chruschtschows im Jahre 1956 haben gezeigt, daß das sogenannte „sozialistische Lager“ keineswegs als monolithische Einheit anzusehen ist. Das erste Moskauer Kommunistenkonzil, das im November 1957 anlässlich der 40-Jahr-Feier der Oktoberrevolution stattfand, bemühte sich vergebens, durch eine Verpflichtung der regie-

renden kommunistischen Parteien auf die zehn „Allgemeine Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus“ und vor allem auf den hegemonial-imperialen Grundsatz des „proletarischen Internationalismus“ die verlorengegangene ideologische Einheit der „sozialistischen Familie“ wiederherzustellen. Tito-Jugoslawien war nicht bereit, sich dem ideologischen Führungsanspruch Moskaus zu unterwerfen.

Dem Dekalog des Moskauer Konzils setzte es seine reformistischen Thesen entgegen, die im Parteiprogramm der jugoslawischen KP von 1958 näher begründet wurden. Diese häretischen Auffassungen wurden am entschiedensten von den kommunistischen Chinesen zurückgewiesen. Diese sollten aber bald darauf selbst die mühsam wiederhergestellte ideologische Einheit des Ostblocks, der sich auch Gomulka-Polen gebeugt hatte, durch eigenwillige Maßnahmen erschüttern.

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau betrifft einerseits den inneren, andererseits den äußeren Aspekt der marxistisch-leninistischen Ideologie, die bekanntlich ihrem Wesen nach eine Revolutionstheorie darstellt.

Auf der einen Seite geht es vor allem um die Frage des Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus und um den zweckmäßigsten und schnellsten Weg zur Erreichung des kommunistischen Endziels. Dem Wohlfahrtskommunismus Chruschtschowscher Prägung, der durch Förderung des persönlichen Gewinnstrebens eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit die Erreichung eines Warenüberflusses als wichtigste Voraussetzung zum Eintritt in den kommunistischen Endzustand erstrebt, standen die Chinesen von vornherein skeptisch gegenüber. Sie traten für eine gegenteilige Auffassung ein,

die dem revolutionären Geist gegenüber dem materiellen Interesse den Vorrang einräumte. Unter Ausmerzungen aller bourgeoisen Attribute und eines vulgärmaterialistischen Gewinnstrebens sollte mittels der Volkskommunen ein kämpferisch-revolutionärer kommunistischer Menschentyp herangezogen werden.

Bei der ideologischen Begründung der Institution der Volkskommunen setzte sich Mao Tse-tung in wesentlichen Teilen der von ihm vertretenen Konzeption in einen deutlichen Gegensatz zur bisherigen marxistisch-leninistischen Staats- und Gesellschaftslehre.

Bei dem äußeren Aspekt der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking war es genau umgekehrt. Hier traten ein-

INHALT

- I. Die geistig-ideologische Auseinandersetzung im kommunistischen Herrschaftsbereich
- II. Der innere Aspekt der ideologischen Differenzen
- III. Der äußere Aspekt der ideologischen Differenzen
- IV. Die grundsätzliche Bedeutung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung

deutig die Chinesen als die Verfechter einer orthodoxen Auslegung des marxistisch-leninistischen Dogmas auf.

Der widersprüchliche Charakter des chinesischen Vorgehens wurde durch zeitweilige reformistische Bestrebungen, wie z. B. die Hundert-Blumen-Kampagne, verstärkt. Den Sowjetrussen mußten alle diese Wendungen als eine linke Abweichung von dem von Moskau gewiesenen Kurs erscheinen.

Die vorliegende systematische Darstellung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking beruht im wesentlichen auf einem Referat, das von dem Verfasser unter dem Titel „Die Volkskommunenkonzeption als Ausdruck der ideologischen Differenzen zwischen Peking und Moskau“ der III. Internationalen Sowjetologenkonferenz in Japan im September 1960 vorgelegt worden ist.

II. Der innere Aspekt der ideologischen Differenzen

Die Schaffung der Volkskommunen in der Volksrepublik China bedeutete einen tiefgehenden Eingriff in die Rechte des Einzelnen sowie der individuellen Familie als soziale Institution. Als unterster Zelle der staatlichen Organisation fiel den neuerrichteten Kommunen die Aufgabe zu, für die Kollektivierung des Volkslebens in China schlechthin zu sorgen. Ihr Aufgabenbereich erstreckte sich auf sämtliche öffentlichen Angelegenheiten, d. h. sie waren gleichermaßen für die Landwirtschaft, die Industrie, das Verkehrswesen, das Dienstleistungsgewerbe, das Erziehungswesen, kulturelle Angelegenheiten, Sport, soziale Fürsorge, Gesundheitswesen, Polizei und militärische Fragen zuständig.

Auf dem Lande stellt die Volkskommune eine umfassende Wirtschafts- und Sozialeinheit dar, die sich aus der Verschmelzung aneinandergrenzender landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und durch Aneignung allen Privateigentums der Bauern, das ihnen nach der Kollektivierung verblieben war, herausgebildet hat. Jede Kommune setzt sich aus mehreren Dörfern und etwa 5000 bis 10 000 Haushalten zusammen, wobei ihre Größe im allgemeinen einem hsian oder Verwaltungsbezirk entspricht. Bis zum 29. September 1958 sind insgesamt 640 000 Produktionsgenossenschaften zu 23 397 Volkskommunen mit einer Mitgliedschaft von 112,24 Millionen Haushalten, d. h. 90,4 Prozent aller Bauernhaushalte des Landes, zusammengeschlossen worden¹⁾. Die Eingliederung der Frauen in das kommunale System wurde durch die Übernahme der Hausarbeiten durch kommunale Unternehmen wie Verpflegungsstätten, Kinderheime, Wäschereien, Schneiderwerkstätten usw. ermöglicht.

Die ideologische Bedeutung der den Volkskommunen zugrundeliegenden Konzeption läßt sich am besten an Hand der sogenannten Zwei-Phasen-Lehre, die gleichsam das Gerippe der sowjetischen Staats- und Gesellschaftslehre darstellt, erfassen.

Die klassenlose Gesellschaft, die von kommunistischer Seite als der Zustand totaler Gerech-

tigkeit und ewigen Friedens hingestellt wird, bildet nach Marx den Endpunkt einer als notwendig empfundenen geschichtlichen Entwicklung, deren dialektischer Ablauf durch die ökonomischen Realfaktoren (Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse) bestimmt wird. Dieser Zustand der Glückseligkeit setzt die Gewaltlosigkeit und damit die Überwindung aller Formen der Herrschaft des Menschen über den Menschen sowie der mit dieser Herrschaft verbundenen Klassenspaltung und der Arbeitsteilung voraus.

Dieses Endziel, das von Marx sonst nicht näher beschrieben worden ist, soll in zwei Phasen erreicht werden. In Übereinstimmung mit Marx unterscheidet daher die marxistisch-leninistische Ideologie in der Entwicklung vom Kapitalismus zum Kommunismus eine sozialistische Vorphase und eine kommunistische Endphase.

Beide Phasen, von denen die eine durch das Leistungsprinzip, die andere durch das Bedürfnisprinzip bestimmt wird, werden durch bestimmte Merkmale voneinander abgegrenzt²⁾.

Der Eintritt in diesen utopischen Endzustand setzt auf Grund dieser Merkmalsunterschiede vor allem einen außerordentlich hohen Produktionsstand und eine weitgehende Umerziehung des Menschen im kommunistischen Sinne voraus.

Der Überfluß an Konsumgütern soll ihre Verteilung nach Bedürfnissen ohne Waren- und Geldzirkulation ermöglichen.

Gleichzeitig soll das veränderte Verhältnis des Menschen zur Arbeit auf der Grundlage der Polytechnisierung und der Schaffung eines einheitlichen „Volkseigentums“ zur endgültigen Aufhebung der Gegensätze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit und zwischen Staat und Land führen.

Auf diese Weise soll unter Beseitigung der noch bestehenden, angeblich „nicht antagonistischen“ Klassenunterschiede mit der klassenlosen Gesellschaft die in der Theorie enthaltene Endverheißung ihre praktische Erfüllung finden.

von 1952 stand, die in „einer verhältnismäßig langen Zeit schrittweise“ die Industrialisierung des Landes sowie die Vollendung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, des Handwerks, der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels vorsah.

In dem von Liu Schao-Tschi erstatteten Politischen Bericht des Zentralkomitees (15. September 1956) wurde festgestellt, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus einen „Zeitraum von drei Fünfjahresplänen, vielleicht noch mehr, benötigt.“ Die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sollte im ersten Fünfjahresplan (1953 bis 1957) „im wesentlichen“ erfolgen, um im zweiten Fünfjahresplan (1958 bis 1962) auf den wichtigsten Gebieten vollendet zu werden. Die chinesische Parteiführung erwartete offenbar, daß die Volksrepublik China 1962 etwa die gleiche Etappe der sozialistischen Vorphase erreichen würde, in der sich die Sowjetunion 1939, d. h. am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, befand.

Liu Schao-Tschi warnte nachdrücklich vor einer Linksabweichung, die er wie folgt charakterisierte³⁾:

„Sie fordert, den Sozialismus „über Nacht“ zu verwirklichen; sie fordert, die nationale Bourgeoisie in unserem Lande einfach durch Enteignung zu liquidieren oder die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel durch Verdrängung zum wirtschaftlichen Bankrott zu führen; sie gibt nicht zu, daß wir nur schrittweise zum Sozialismus gelangen können; sie glaubt nicht daran, daß wir das Ziel der sozialistischen Revolution auf friedlichem Wege erreichen können.“

Der von Mao Tse-tung mit Zustimmung des Zentralkomitees der KPCh 1958 proklamierte „große Sprung nach vorne“ entsprach voll und ganz dieser Tendenz, die auf dem 8. Parteitag so scharf verurteilt worden war.

Wirtschaftliche Gründe mögen bei diesem Entschluß, eine „Revolution von oben“ nach dem Vorbild Stalins auszulösen, maßgebend gewesen sein; nicht zuletzt die Erkenntnis, daß das bisherige Entwicklungstempo nicht ausreichte, um China in ein modernes Industrieland zu verwandeln und zugleich den wachsenden Bedürfnissen einer sich ungeheuer schnell vermehrenden Bevölkerung zu genügen. Die Erfahrungen mit der Umerziehungskampagne, die von der „Hundert-Blumen-Rede“ Mao Tse-tungs im Februar 1957 ausgelöst wurde, mögen bei diesem Beschluß ebenfalls eine wesentliche Rolle gespielt haben. Jedenfalls scheint sich Mao Tse-tung bereits im Winter 1957/58 zum Volkskommunenexperiment entschlossen zu haben. Dieses sollte unter anderem dazu dienen, seiner Lieblingsidee, ganze soziale Schichten, wie die „nationale Bourgeoisie“, das „Kleinbürgertum“ und die „wohlhabenden Bauern“ zum Kommunismus zu bekehren, durch intensivere Gedankenkontrolle und stärkere Anwendung der Arbeitstherapie, zum Durchbruch zu verhelfen. Die Volkskommunen boten ihm für diesen Zweck

Abweichung vom sowjetischen Modell

Von den Sowjetrussen wurden innerhalb der Phasen-Lehre, ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen, beim sozialistischen Durchgangsstadium drei Etappen unterschieden:

1. Die Errichtung des Fundaments bzw. der Grundlagen des Sozialismus (1928–1932),
2. die Errichtung des Sozialismus „im wesentlichen“ (1933–1938),
3. die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und der allmähliche Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus (1938–1958).

Die Chinesen setzten sich mit der Volkskommunenkonzeption sowohl über die deutliche Abgrenzung der beiden Hauptphasen als auch über

die Untergliederung der sozialistischen Vorphase hinweg⁴⁾.

Sie behaupteten, in den Volkskommunen, die zahlreiche Merkmale der kommunistischen Endphase aufwiesen, einen besseren und schnelleren Weg zum kommunistischen Endziel gefunden zu haben als die Russen⁴⁾.

Diese Abweichung der Chinesen vom sowjetischen Modell war um so bemerkenswerter, als sie im völligen Widerspruch zu der vom 8. Parteitag der KPCh (1956) bestätigten Generallinie

2) Vgl. die Gegenüberstellung der Merkmalsgruppen der beiden Phasen bei Meissner, B.: Rußland unter Chruschtschow, München 1960, S. 247/8.

3) Vgl. Meissner, a.a.O., S. 248/9.

4) Vgl. den Beschluß des chinesischen Zentralkomitees vom 29. August 1958, Peking Review vom 16. September 1958, deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 695–698.

1) Vgl. Bräker H.: Volkskommunen tragen Chinas Wirtschaftsentwicklung, Der Volkswirt, 14. Jg., 1960, S. 107.

5) Der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Bd. 1, Peking 1956, S. 21.

einen besonders geeigneten organisatorischen Rahmen. Im April 1958 wurde nachweislich mit den ersten Experimenten begonnen. Als das Zentralkomitee der KPCh am 28. August 1958 den Beschluß über die Bildung der Volkskommunen faßte, war die „Kommunisierung“ im wesentlichen bereits abgeschlossen.

Neben den innenpolitischen Motiven dürften aber auch außenpolitische Gründe eine wesentliche Rolle bei dieser welthistorischen Entscheidung gespielt haben. Die Volkskommunenkonzeption sollte sich im Verlauf der weiteren Entwicklung gleichsam als die ideologische Unab-

hängigkeitserklärung Pekings erweisen. Mao Tse-tungs Lehre von der „neuen Demokratie“ (1940), die 1949 sich als „volksdemokratische Diktatur“ entpuppte, hielt sich durchaus im Rahmen der sowjetischen Staats- und Gesellschaftslehre. Die Lehre von den antagonistischen und nicht-antagonistischen Widersprüchen (1937) bedeutete den theoretischen Ausbau von Gedankengängen Lenins. In der Fassung der Hundert-Blumen-Rede enthielt sie allerdings Elemente, wie den Gedanken der nicht-antagonistischen Widersprüche von Führung und Volk, die für die Sowjets unakzeptabel erscheinen mußten.

Versuch einer Überbrückung der Gegensätze

Nachdem es Chruschtschow bei seinem Besuch in der Volksrepublik China im August 1958 nicht gelungen war, Mao Tse-tung von seinem gewagten Vorhaben abzuhalten, waren die sowjetischen Parteiideologen fieberhaft bemüht, die ideologische Kluft, die sich zwischen Moskau und Peking aufgetan hatte, durch eine Kompromißformel zu überbrücken.

Im Zuge dieser Bemühungen kam es zu jenem aufsehenerregenden Aufsatz des sowjetischen Parteiphilosophen Stepanjan im Oktoberheft der „Woprossy Filosofii“ (Fragen der Philosophie), in dem er die ungleichmäßige Entwicklung des Sozialismus zugab und innerhalb des „sozialistischen Weltsystems“ auf einmal eine besondere europäische und eine asiatische Gruppe unterschied, die, jeweils getrennt, zum Kommunismus gelangen würden⁶⁾.

Stepanjan ging zwar davon aus, daß die europäische Gruppe aufgrund ihrer technischen Überlegenheit mit einem weiten Vorsprung vor der asiatischen Gruppe das kommunistische Endziel erreichen würde. Seine Ausführungen konnten aber leicht als die ideologische Rechtfertigung einer Interessensphärenabgrenzung zwischen den beiden kommunistischen Großmächten aufgefaßt werden, die Peking freie Hand im asiatischen Raum ließ.

Chruschtschow brauchte die für Moskau höchst gefährliche Zwei-Zonen-Theorie Stepanjans nicht zu übernehmen, da die Chinesen durch innere wirtschaftliche Schwierigkeiten zu einem zeitweiligen Rückzug veranlaßt wurden, der in der sogenannten Wuhan-Resolution seinen ideologischen Ausdruck fand⁷⁾. In diesem am 10. Dezember 1958 gefaßten Beschluß des chinesischen Zentralkomitees kamen die Chinesen den Sowjetrussen sowohl in der Frage des Aufbautempos als auch der längeren Zeitdauer des etappenmäßigen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus entgegen.

Dagegen waren die Chinesen nicht bereit, den Kommunismus „in die ferne Zukunft zu verweisen“ und auf die Entwicklung der in den Volkskommunen enthaltenen „Keime des Kommunismus“ zu verzichten⁸⁾. Die Volkskommunenkonzeption wurde so zwar äußerlich der so-

wjetrussischen Linie stärker angepaßt, sie wurde aber in ihrer Substanz nicht preisgegeben.

Das chinesische Einlenken ermöglichte es Chruschtschow auf dem 21. Parteikongreß der KPdSU sich mit einer versteckten Kritik der chinesischen Volkskommunenkonzeption zu begnügen und die ideologischen Differenzen zu bagatellisieren⁹⁾. Er stellte die chinesischen Volkskommunen als „nationale Besonderheit“ auf die gleiche Stufe mit den jugoslawischen Arbeiterräten. Er betonte sodann, daß sich die niedere und höhere Phase des Kommunismus nicht scharf voneinander trennen ließen und erklärte schließlich, daß es allen Ostblockländern auf dem von Moskau gewiesenen Wege gelingen

Aber erst mit der Volkskommunenkonzeption haben die Chinesen in ideologischer und organisatorischer Hinsicht einen originären eigenen Weg beschritten.

Mit dieser Abweichung vom Moskauer Vorbild bahnte sich eine unterschiedliche ideologische Entwicklung der beiden kommunistischen Großmächte an, die – von ihren außenpolitischen Auswirkungen ganz abgesehen – Chruschtschow als Vorkämpfer des weitaus begrenzteren Gedankens einer Agrarkommune in eine prekäre Lage versetzen mußte.

würde, „mehr oder minder gleichzeitig“ das kommunistische Endziel zu erreichen.

Chruschtschow bemühte sich vor allem, den Eintritt der Sowjetunion in die Phase des „entfalteten Aufbaus des Kommunismus“ und die damit verbundene „ökonomische Hauptaufgabe“, die Vereinigten Staaten einzuholen und zu überholen, ideologisch zu unterbauen. Er setzte damit den mit einem großen Aufgebot sowjetischer Wissenschaftler und Ideologen unternommenen Versuch fort, die in der kommunistischen Endverheißung enthaltene gesellschaftliche Utopie näher zu umreißen und zu konkretisieren¹⁰⁾.

Erneute Vertiefung der Kluft seit 1959

Mit der Behauptung, daß die Sowjetunion mit Beginn des Siebenjahresplans 1959 als erster „sozialistischer“ Staat in die kommunistische Endphase eingetreten sei, trug Chruschtschow nicht wenig dazu bei, die ideologische Kluft zwischen Moskau und Peking, die eben nur notdürftig zugedeckt worden war, wieder aufzureißen. Sie wurde dadurch vergrößert, daß die ideologische Auseinandersetzung im Verlauf der Besuchsreise Chruschtschows in die Vereinigten Staaten von den Chinesen auch auf den Bereich der außenpolitischen Theorie ausgedehnt wurde.

Die Verschärfung des ideologischen Streitgesprächs zwischen Peking und Moskau kam auch in dem Beschluß des Nationalen Volkskongresses im April 1960, die Bildung von den Volkskommunen in den Städten, die aufgrund der Wuhan-Resolution verlangsamt worden war, zu beschleunigen, zum Ausdruck. Nach den 500 Millionen Landbewohnern sollten jetzt 150 Millionen Städter in die Volkskommunen hineingepreßt werden. Auf dem Nationalkongreß wurde betont, daß dieser Beschluß nicht nur das politische und wirtschaftliche Gesicht der Städte sowie die ideologische Weltanschauung der Stadtbevölkerung „radikal verändern“, sondern auch günstige Bedingungen zur Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus und zum Übergang zum Kommunismus schaffen würde. Diese Be-

gründung zeigt, daß die Wuhan-Resolution von der chinesischen Parteiführung nur als ein zeitweiliger Rückzug angesehen worden ist. Mit ihrer Ausdehnung auf den städtischen Bereich werden die Volkskommunen zum Unterbau der gesamten chinesischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Wenn auch dem menschlichen Bedürfnis nach ein wenig persönlichem Eigentum inzwischen sowohl auf dem Lande als auch in den Städten Zugeständnisse gemacht worden sind, so ist doch vieles von den düstern Zügen der ursprünglichen Konzeption erhalten geblieben. Bisher ist es Chruschtschow, der auf dem 21. Parteikongreß der KPdSU zum „großen Theoretiker“ des Marxismus-Leninismus aufgestiegen ist, nicht gelungen, den von ihm mittelbar kritisierten „sehr großen Theoretiker“ Mao Tse-tung auf den rechten Pfad zurückzuführen. Bemerkenswert ist, daß der bedeutsame innere Aspekt der ideologischen Differenzen zwischen Peking und Moskau und die damit verbundene Problematik des Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus in der Deklaration des zweiten Kommunisten-Konzils in Moskau im Dezember 1960 keinen Ausdruck findet. Das neue Parteiprogramm, das auf dem bevorstehenden 22. Parteikongreß der KPdSU angenommen werden soll, droht bei dieser Sachlage die ideologische Spaltung zu vertiefen.

6) Vgl. Meissner, a.a.O., S. 250.

7) Wortlaut: Peking Review vom 23. Dezember 1958; deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, 11. Jg., S. 71–81.

8) Vgl. Meissner, a. a. O., S. 251/2.

9) Vgl. Meissner, a.a.O., S. 253/4.

10) Vgl. Meissner, a.a.O., S. 254 ff.

III. Der äußere Aspekt der ideologischen Differenzen

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking sollte nach der Besuchsreise Chruschtschows in die Vereinigten Staaten offen zu Tage treten.

Der Schwerpunkt dieser Auseinandersetzung richtete sich jetzt auf die Fragen von Krieg und Frieden, Revolution und Koexistenz, d. h. die zentralen Fragen der marxistisch-leninistischen außenpolitischen Theorie.

Chruschtschow hatte auf dem 20. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1956 die Behauptung aufgestellt, daß der „Sozialismus“ im Zuge der Nachkriegsentwicklung ebenso wie seinerzeit der „Kapitalismus“ zu einem Weltsystem aufgestiegen sei. Das „sozialistische Weltsystem“ würde mit den neutralistischen Mächten eine ausgedehnte „Friedenszone“ bilden. Seine Stärke würde ein Gleichgewicht mit der kapitalistischen Welt gewährleisten und eine langfristige friedliche Koexistenz der beiden antagonistischen Systeme ermöglichen, die sich allerdings nicht auf den ideologischen Bereich erstrecken würde. Zwecks besserer Unterbauung des Koexistenz-Begriffs und unter Berücksichtigung der sich aus dem atomaren „Gleichgewicht des Schreckens“ ergebenden Schlußfolgerungen verzichtete er dabei auf zwei Grundthesen Lenins, die sich auf die Unvermeidbarkeit von Kriegen in der imperialistischen Epoche und kriegerischer Gewaltanwendung bei der kommunistischen Machtübernahme bezogen¹¹⁾.

Die Verneinung der Unvermeidbarkeit von Kriegen und die Anerkennung vielfältiger Übergangsformen zum Sozialismus bedeuteten an sich noch keine prinzipielle Absage an die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes. Es wurde nur die Möglichkeit bejaht, die Revolution auch mit Hilfe „friedlicher Mittel“, günstigenfalls auf parlamentarischem Wege, zu verwirklichen.

Verschiedene Auffassungen über die Vermeidbarkeit von Kriegen

Diese Konzeption mußte in Verbindung mit einer gewissen Abschwächung der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Reformkommunismus und der kapitalistischen Welt das Mißtrauen Pekings wecken, das durch das Treffen von Camp David noch verstärkt wurde.

Die Chinesen gingen unter Berufung auf Lenin gegen die generalisierende Anwendung der Chruschtschowschen These von der Vermeidbarkeit des Krieges und gegen die Überbetonung des wirtschaftlichen Wettbewerbscharakters der Koexistenz an. Die abweichende Position Pekings läßt sich wie folgt charakterisieren¹²⁾:

11) Vgl. Meissner, B.: Das Ende des Stalin-Mythos, Frankfurt/Main 1956, S. 44 ff. und 106 ff.

12) Vgl. Zagoria, D. S.: Strains in the Sino-Soviet Alliance, Problems of Communism, 9. Jg., 1960, Nr. 3, S. 1—11; Brzezinski, Z., Pattern and Limits of the Sino-Soviet Dispute, Problems of Communism, 9. Jg., 1960, Nr. 5, S. 1—7; deutsche Übersetzung: Ost-Probleme, 12. Jg., 1960, S. 610—614 (siehe auch S. 615 ff.).

Die neue These von der Vermeidbarkeit kriegerischer Auseinandersetzungen bedeutete somit keinen Verzicht auf nicht-kriegerische Gewaltanwendung und damit auf die Intervention als Mittel der Politik. Dies wurde durch die auf dem 20. Parteikongreß genannten Beispiele Reval (1940), d. h. den Fall der baltischen Staaten, und Prag (1948) sehr deutlich illustriert.

Auf der ersten Gipfelkonferenz der kommunistischen Parteien nach Auflösung der Komintern (1943) und Kominform (1956) im November 1957 wurde die Chruschtschowsche These von der Vermeidbarkeit von Kriegen im atomaren Zeitalter bestätigt und der Wettbewerbscharakter der Koexistenz besonders hervorgehoben. Eine Akzentverschiebung ergab sich durch eine stärkere Betonung der Bedeutung der gewaltsamen Machtergreifung. Durch die eingehende Behandlung des Prinzips des proletarischen Internationalismus wurde die Führerrolle der KPdSU und des Sowjetstaates innerhalb des Weltkommunismus und des Ostblocks besonders unterstrichen.

Chruschtschows Betrachtungen über den Krieg waren auf dem 21. Parteikongreß der KPdSU (Januar/Februar 1959) weniger allgemein gehalten als in seinem Rechenschaftsbericht vor dem 20. Parteikongreß¹²⁾.

Sie bezogen sich eindeutig nur auf die Möglichkeit der Vermeidbarkeit eines atomaren Weltkrieges. Auf die Problematik lokaler „begrenzter Kriege“ ging er auch jetzt nicht ein.

Die weiteren Äußerungen Chruschtschows ließen erkennen, daß er die Koexistenz als einen Zustand von langer Dauer auffaßte, wobei er ihre klassenkämpferisch-revolutionären Züge gegenüber ihrer Charakterisierung als wirtschaftlicher Wettbewerb zurücktreten ließ.

1. Nicht nur Krieg und Revolution, sondern auch die friedliche Koexistenz sind Ausdrucksformen des Klassenkampfes;
2. die Koexistenz würde nur einen kurzfristigen Waffenstillstand darstellen, der eine aktive Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt nicht nur im Sinne eines rein propagandistischen „ideologischen Kampfes“, sondern gegebenenfalls auch des Kalten Krieges erfordere;
3. die These von der Vermeidbarkeit des Krieges beziehe sich unter bestimmten Voraussetzungen auf den atomaren Weltkrieg, nicht aber auf den begrenzten lokalen Krieg oder den Bürgerkrieg;
4. dem bewaffneten Aufstand und dem Bürgerkrieg komme als Mittel der kommunistischen Machtergreifung, insbesondere in den Entwicklungsländern, eine weitaus größere Bedeutung zu als nichtkriegerischen Metho-

12) Vgl. Meissner, Rußland unter Chruschtschow, a.a.O., S. 260/1.

den. In jedem Fall sei der außerparlamentarischen Aktion vor der legalen parlamentarischen Betätigung der Vorzug zu geben;

5. die nationale Bourgeoisie sei in ihrer Masse unzuverlässig, daher sei die Einheitsfrontpolitik mit größter Vorsicht zu betreiben.

Auf zwei Konferenzen, der Ostblockkonferenz in Bukarest (Juni 1960) und der kommunistischen Gipfelkonferenz in Moskau (November 1960), ist um einen Kompromiß zwischen beiden Standpunkten gerungen worden.

Das Revirement im Kreml im Mai 1960 und die damit verbundene Umformulierung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik hatten zunächst nur eine stärkere Betonung der klassenkämpferisch-revolutionären Züge der Koexistenz zur Folge¹⁴⁾. In einem Artikel der sowjetischen Parteiideologen Ponomarjow, Konstantinow und Andropow im Mai-Heft des „Kommunist“ (Nr. 8) wurde in Einklang mit der chinesischen Auffassung erklärt: „Friedliche Koexistenz schließt unter keinen Umständen den Klassenkampf innerhalb der kapitalistischen Länder sowie im internationalen Maßstab aus.“

Chruschtschow wandte sich in seiner Rede in Bukarest¹⁵⁾ zum erstenmal auch eindeutig gegen den „lokalen Krieg“, „weil er sich zu einem Weltkrieg ausweiten kann“, er machte aber die Vermeidbarkeit des Krieges von dem verstärkten Kampf gegen den „Imperialismus“ und dem Druck der Völker auf ihre Regierungen abhängig.

In Bukarest erfolgte ferner eine Akzentverschiebung zugunsten des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges als Mitteln kommunistischer Machtübernahme¹⁶⁾.

Der in Bukarest erzielte Kompromiß sollte die Chinesen nicht befriedigen. Es erwies sich immer mehr, daß hinter den ideologischen Differenzen, die zweifellos auch prinzipiellen Charakter besaßen, konkrete Streitpunkte zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China standen.

Folgende Punkte dürften als besonders bedeutsam anzusehen sein¹⁷⁾.

1. Das Streben Pekings nach einem Mitspracherecht in der Führung sowohl des Ostblocks als auch der kommunistischen Weltbewegung;
2. das Bemühen Pekings, seine Hegemonie auf ganz Südostasien auszudehnen und seinen Einfluß in der Pufferzone gegenüber der Sowjetunion (Sinkiang, Äußere Mongolei, Nord-Korea) zu verstärken;
3. die Ansicht Pekings, daß die kommunistische Taktik in den Entwicklungsländern eine

14) Vgl. Meissner, B.: Die Innen- und Außenpolitik Chruschtschows, Osteuropa, Januar 1961.

15) Wortlaut: Prawda vom 22. Juni 1960; deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, 12. Jg., 1960, S. 418—422.

16) Diese Akzentverschiebung entsprach der vom Agitpropagat unter Sosslow nach den Ereignissen in Polen und Ungarn vertretenen Linie. Zur abweichenden Position Koslows siehe Aufsatz des Verfassers „Die Innen- und Außenpolitik Chruschtschows“.

17) Vgl. das Sonderheft „Peking und Moskau“, Osteuropa, Nov./Dez. 1960.

stärkere Anwendung kriegerischer Methoden erfordert und in erster Linie auf die Schaffung kommunistischer Machtpositionen im Zusammenwirken mit den Massen gerichtet sein muß und sich nicht mit der Errichtung neutralistischer Regime zu begnügen habe;

4. die Absicht Pekings, auf dem schnellsten Wege Atommacht zu werden, sowie seine Abneigung gegen eine beschleunigte Abrüstung;
5. die Forderung Pekings nach einer verstärkten sowjetischen Wirtschaftshilfe.

Nach Meinung amerikanischer Wissenschaftler hat China auf dem Gebiet der Kernphysik und der Raketentechnik bedeutende Fortschritte gemacht. Es ist daher zu erwarten, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit in der Lage sein wird, eine Atombombe zur Explosion zu bringen oder eine eigene Rakete zu starten.

Die sowjetische Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik China ist größer als meist angenommen wird. Insgesamt hat die Sowjetunion China von 1950 bis Ende 1959 Maschinen und Ausrüstungen im Werte von 10 Mrd. Rubel und kom-

plette Industrieanlagen im Werte von 5 Mrd. Rubel geliefert. Der prozentuale Anteil des gesamten sowjetischen Exportes von Maschinen und Ausrüstungen — ohne komplette Industrieanlagen — an China, der in der Zeit von 1956 bis 1958 von 49 % auf 40 % gefallen war, ist 1959, wohl als Folge des chinesischen Einlenkens in der Frage der Volkskommunen nach der Wuhan-Resolution vom Dezember 1958, mit 51,2 % jäh angestiegen.

Mehr als die Hälfte des gesamten sowjetischen Maschinenexports ist somit 1959 nach China gegangen.

Anscheinend sahen die Chinesen auch diese verstärkte Wirtschaftshilfe, die von sowjetischer Seite, wie eine Bemerkung Chruschtschows aus dem Jahre 1957 zeigt, als schwere Belastung empfunden wird, als nicht hinreichend an.

Dieser chinesische Standpunkt ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Sowjetunion in der Zeit von 1956 bis 1959 von der Sowjetzone mehr Menschen und Ausrüstungen bezogen hat, als sie der Volksrepublik China zukommen ließ (7,14 Mrd. Rubel zu 5,97 Mrd. Rubel).

Koexistenz „bis aufs Messer“

Das Ergebnis des Moskauer Kommunistenkonzils zeigt, daß die Sowjetrussen den Chinesen nicht nur in den ideologischen Streitfragen, sondern auch in den strittigen Fragen der praktischen Politik, ohne ihren eigenen Standpunkt gänzlich aufzugeben, weiter entgegengekommen sind. Die Betonung der führenden Rolle der Sowjetunion ist in der Erklärung von 1960 gegenüber der Deklaration von 1957 abgeschwächt worden¹⁸). Die Erklärung begnügt sich damit, die KPdSU als Vorhut der kommunistischen Weltbewegung zu bezeichnen, ohne sich mit dem Prinzip des proletarischen Internationalis-

mus, der im Mittelpunkt der Deklaration von 1957 gestanden hatte, näher zu befassen. Dagegen wird die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der einzelnen kommunistischen Parteien besonders betont. Der Einfluß der KP Chinas wird in der Erklärung von 1960 erstmalig mit den Worten anerkannt: „Indem sie der nationalen Befreiungsbewegung einen mächtigen Anstoß gab, übte sie einen gewaltigen Einfluß auf die Völker aus, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika.“ Die Koexistenz wird in der Erklärung ausdrücklich als eine „Form des Klassenkampfes“ bezeichnet. War bei der nähe-

ren Erläuterung der Koexistenz 1957 nur von „Wettbewerb“ die Rede, so wird 1960 von „Kampf“ und „Weltrevolution“ gesprochen. Die Möglichkeit einer solchen „Koexistenz bis aufs Messer“ und der Vermeidbarkeit des Krieges halten sich gemäß der Erklärung von 1960 mit der Kriegsgefahr die Waage¹⁹).

Die Schicksalhaftigkeit eines atomaren Weltkrieges wird verneint, gleichzeitig aber betont, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges nicht vorbei ist, sondern vielmehr größer geworden ist. Der Krieg könne nur durch einen „aktiven und entschlossenen Kampf gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus“ vermieden werden. Dieser Kampf müsse mit „größerem Elan“ (!) geführt werden. Die Verpflichtung der Ostblockstaaten, „ihre Verteidigungsfähigkeit auf dem notwendigen Niveau zu halten“, wird besonders unterstrichen. Zweideutig ist die sich auf die lokalen „begrenzten Kriege“ beziehende Bemerkung:

„Die Erfahrung bestätigt, daß man die von den Imperialisten entfesselten lokalen Kriege wirksam bekämpfen, die Brandherde solcher Kriege erfolgreich austreten kann“.

In der Erklärung von 1960 ist ein ganzer Abschnitt über die revolutionäre Aktion in den Entwicklungsländern enthalten, der 1957 fehlte. Im Einklang mit der chinesischen Auffassung wird bei der Machtergreifung in den Entwicklungsländern der „bewaffnete Kampf“ eindeutig als Methode dem „friedlichen Wege“ vorgezogen. Auch die Unzuverlässigkeit der nationalen Bourgeoisie im Stadium der sogenannten „Nationalen Demokratie“ wird im chinesischen Sinne mit folgenden Worten charakterisiert:

„Je mehr sich die sozialen Gegensätze verschärfen, desto mehr neigt die nationale Bourgeoisie dazu, mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus zu paktieren.“

Abhängigkeit der Sowjetpolitik von den Interessen des internationalen Kommunismus

In der Erklärung von 1960 wird ein strafferes System interner Beratungen über gemeinsame politische und ideologische Fragen, das besonders von den Chinesen propagiert worden war, befürwortet, von der Bildung einer neuen Komintern, für die sich Chruschtschow im Dezember 1955 ausgesprochen hatte, dagegen abgesehen. Die multilateralen Konferenzen sollen in Zukunft den bilateralen Beratungen vorgezogen werden.

Es fällt auf, daß nicht nur der innere Aspekt der ideologischen Differenzen zwischen Peking und Moskau, sondern auch Chruschtschows außenpolitische Aktivität der letzten Jahre, insbesondere die von ihm angewandten Formen der Besuchsdiplomatie usw., in der Erklärung von 1960 mit Stillschweigen übergangen werden.

Durch den Ausgang des zweiten Moskauer Konzils ist die führende Rolle Moskaus im Rahmen des Ostblocks und des Weltkommunismus bestätigt worden. Dieses Ergebnis, dem ein deutlicher Kompromiß zugrunde liegt, konnte erst dann erzielt werden, nachdem die Sowjetrussen gegenüber den Chinesen in den entscheidenden Streitpunkten, welche die Strategie und Taktik der kommunistischen Machtexpansion in der Welt betrafen, auf mehr als dem halben Wege entgegengekommen waren.

Durch diesen Vorgang wird nicht nur das weltrevolutionäre Element in der sowjetischen Außenpolitik verstärkt, sondern auch eine erneute Abhängigkeit dieser Politik von den Interessen des internationalen Kommunismus geschaffen, die Stalin dadurch beseitigte, daß er die Komintern zu einem gefügigen Werkzeug der Moskauer Zentrale degradierte. Dies wäre heute bei dem Gewicht, das einzelnen kommunistisch regierten Staaten neben der Sowjetunion

zukommt, nicht möglich. Insofern ist das Ergebnis des zweiten Moskauer Konzils gleichsam als ein Pyrrhussieg Moskaus anzusehen, der weitere Erpressungsversuche Pekings in keiner Weise ausschließt.

Die Verschiebung des 22. Parteikongresses der KPdSU auf den Oktober 1961 dürfte teils durch diese inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor allem aber durch die politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen den beiden führenden kommunistischen Mächten bedingt worden sein. Fällt doch dem kommenden Parteitag die äußerst schwierige Aufgabe zu, ein neues Parteiprogramm der KPdSU zu formulieren, das nicht nur für die bolschewistische Staatspartei, sondern auch für die gesamte kommunistische Weltbewegung in einem längeren Zeitabschnitt als ideologische Richtlinie dienen soll.

¹⁸) Wortlaut der „Deklaration“ von 1957, Internationales Recht und Diplomatie, 3. Jg., 1958, S. 304—323; Wortlaut der „Erklärung“ von 1960, Prawda vom 6. Dezember 1960; deutsche Übersetzung; Die Presse der Sowjetunion vom 11. Dezember 1960.

¹⁹) Vgl. die von Harry Hamm durchgeführte instruktive Gegenüberstellung der beiden Erklärungen in der FAZ vom 28. Dezember 1960.

IV. Die grundsätzliche Bedeutung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung

Die oben geschilderte Entwicklung läßt bewußt werden, daß das marxistisch-leninistische System von der gleichen Grundspannung erfüllt ist, die bereits vor der Russischen Revolution für den europäischen Marxismus bezeichnend war — der Grundspannung zwischen Analyse und Weissagung²⁰). Eine Relativierung des Marx'schen Weltbildes mußte in der europäischen sozialistischen Bewegung zwangsläufig zur Preisgabe der Endverheißung der klassenlosen Gesellschaft und damit der revolutionären Zielsetzung führen. Dies war der Weg, der von den „Revisionisten“ beschritten wurde. Die Konservierung der utopischen Vision bedeutete dagegen eine Steigerung des revolutionären Aspekts bei gleichzeitigem Verzicht darauf, durch Analyse der Wirklichkeit die Richtigkeit der Weissagung dauernd zu überprüfen. Das war der Weg, der von allen denjenigen beschritten wurde, die sich am revolutionären Urkommunismus des Kommunistischen Manifestes von 1848 orientierten. Dies war vor allem der Weg Lenins, Trotzkijs und in begrenztem Maße auch Stalins.

Es gab aber noch eine dritte Variante. Es war die Linie der „Radikalen“, die im allgemeinen in der II. Internationale die Führung hatten. Sie lehnten Reformen als Selbstzweck ab und berauschten sich an revolutionären Phrasen. Sie dachten dabei aber an keine revolutionären Taten und fanden sich im Grunde genommen mit der „reformistischen“ Taktik ab.

Drei ähnliche Entwicklungstendenzen erleben wir heute in der kommunistischen Weltbewegung. Der Revisionismus ist in Gestalt des Reformkommunismus wieder aufgelebt. Seine Hochburg ist Tito-Jugoslawien, doch seine Wirkungen lassen sich bei fast allen kommunistischen Parteien innerhalb und außerhalb des Ostblocks feststellen. Die revolutionäre Richtung wird heute in erster Linie durch den chinesischen Kommunismus, die Mittellinie der „Radikalen“ durch den russischen Kommunismus vertreten.

Die zwiespältige Politik Chruschtschows liegt darin begründet, daß er als ein Gläubiger der revolutionären Richtung verbunden ist, als Pragmatiker jedoch zum Revisionismus neigt. Seinen eigenen Zwiespalt sucht er daher durch einen betonten propagandistischen Radikalismus zu verdecken.

Die sich aus dieser divergierenden Grundeinstellung der beiden Mächte zwangsläufig ergebenden ideologischen Unstimmigkeiten werden durch die nationale Komponente verschärft. Sowohl beim russischen als auch beim chinesischen Kommunismus handelt es sich um eine Amalgamierung kommunistischer und nationalistischer Elemente, ohne Aufgabe der in der marxistisch-leninistischen Ideologie verankerten universalistischen Zielsetzung.

Diese beiden Elemente weisen aber in Rußland und China wesentliche Unterschiede auf. Ihre Verbindung hat sich außerdem unter sehr verschiedenen Bedingungen vollzogen.

In Rußland war es der in der abendländischen Kulturtradition wurzelnde Marxismus, der sich mit dem russischen nationalen Erbe verband und im Stalinismus seine totalitäre Ausprägung fand. Die Entstalinisierung bedeutet so neben einer Auflockerung des totalitären Regimes eine stärkere Betonung des geistigen Zusammenhangs mit der westlichen Welt.

In China dagegen, wo der russische Marxismus in seiner stalinistischen Form rezipiert worden ist, bedeutet die Herausarbeitung einer Ideologie Mao Tse-tungs, daß eine immer stärkere Rückbesinnung auf das nationale chinesische Erbe stattfindet. Liu Mo-han schreibt in Jen Min Jih Pao am 21. Januar 1960²¹):

„Wir wenden uns sowohl gegen die Loslösung von der Geschichte und den Verzicht auf die Tradition als auch gegen eine unzulässige Bevorzugung des Alten gegenüber dem Neuen

sowie gegen eine unnötige Verehrung der Tradition.“

Genosse Mao Tse-tung empfiehlt uns eindringlich, alle nützlichen Dinge fremder Länder kennenzulernen und kritisch zu assimilieren. Was wir aber vom Ausländer gelernt haben, muß mit unserem nationalen Erbe verschmolzen werden und einen nationalen Charakter erhalten.“

Im Einklang mit dieser Grundeinstellung wird heute bereits an den chinesischen Parteischulen die Ideologie Mao Tse-tungs als das Kernstück des Studiums des Marxismus-Leninismus angesehen. Erst neben der Unterrichtung der Werke von Mao Tse-tung ist ein Studium der Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin vorgesehen. Bemerkenswert ist, daß Stalin, obwohl er in der Sowjetunion als „Klassiker“ entthront worden ist, in China nach wie vor den gleichen Rang wie Marx, Engels und Lenin genießt. Noch kürzlich wurden im Rahmen der jüngsten Schulungskampagne seine Werke in größerem Umfange veröffentlicht.

Die Ideologie Mao Tse-tungs

Auf die Frage, warum bei der Schulung in der oben erwähnten Reihenfolge vorgegangen werden soll und was eigentlich unter der Ideologie Mao Tse-tungs zu verstehen sei, erteilte die „Shansi Ji Pao“ vom 1. Februar 1960 folgende Antwort²²):

„Welche Theorie sollen wir gegenwärtig studieren? In erster Linie das Denken Mao Tse-tungs. Während des Studiums der Werke Mao Tse-tungs kann man darüber hinaus die marxistisch-leninistische Theorie studieren. Warum müssen wir so vorgehen? Weil das Denken Mao Tse-tungs chinesischer Marxismus ist. Das Denken Mao Tse-tungs ist ein Denken, das die Theorie des Marxismus-Leninismus mit der Praxis der chinesischen Revolution verbindet. Es ist chinesischer Kommunismus und chinesischer Marxismus ...“

Wir müssen die drei großartigen Dinge studieren: die Generallinie, den großen Sprung nach vorn und die Volkskommune. Sie verkörpern Mao Tse-tungs Denken. Sie sind das Produkt der schöpferischen Anwendung des Marxismus, die Genosse Mao Tse-tung in Übereinstimmung mit den konkreten Bedingungen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China vorgenommen hat. Die Volkskommune ist die beste gesellschaftliche Organisationsform für die unaufhörliche Entwicklung unseres sozialistischen Aufbaus und unseres künftigen allmählichen Übergangs zum Kommunismus.“

Aus diesen Ausführungen sieht man, daß die von den Russen abgelehnte chinesische Volks-

kommunenkonzeption das Kernstück der sogenannten „Ideologie Mao Tse-tungs“ bildet. Die Herausstellung des Maoismus, als eine zeitgemäße Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus, enthält somit den unüberhörbaren chinesischen Anspruch auf Gleichberechtigung mit der Sowjetunion als Weltmacht. Dieser Anspruch wird erhoben, da sich Mao Tse-tung als Ideologe Chruschtschows überlegen fühlt und weil die Sowjets seit 1956 nicht bereit sind, dem militärisch und wirtschaftlich schwächeren China in der Führung der weltpolitischen Geschäfte eine gleiche Rangstellung einzuräumen wie ihrem eigenen Land.

Nach dem Tode Stalins schien in der Sowjetführung zunächst eine andere Tendenz vorzuherrschen. Man war damals einer Duumviratskonstruktion der Führung innerhalb des Ostblocks und des Weltkommunismus, vielleicht verbunden mit einer entsprechenden Interessensphärenabgrenzung, nicht ganz abgeneigt. Molotow sprach in seiner bekannten außenpolitischen Rede im Februar 1955, in der er Tito-Jugoslawien scharf angriff, von dem „sozialistischen Lager unter Führung der Sowjetunion und der Volksrepublik China“.

Diese Formel, die dem Prestigebedürfnis Pekings entgegenkam, ist 1955 noch des öfteren gebraucht worden.

Seit dem 20. Parteikongreß der KPdSU, und der damit verbundenen begrenzten Abkehr vom Stalinismus, wurde sie von russischer Seite fallengelassen. Die Weiterentwicklung der Widerspruchslehre 1957 und die Proklamierung der Volkskommunenkonzeption 1958 bildeten so einen chinesischen Gegenschlag auf dem geistig-

20) Vgl. Boettcher, E.: Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, Tübingen 1959, S. 212 ff.

21) Ost-Probleme, 12. Jg., S. 306—308.

22) Ost-Probleme, 12. Jg., 1960, S. 303.

ideologischen Gebiet. Diese ideologische Offensive diente der theoretischen Begründung von Maßnahmen, die es China aus eigener Kraft ermöglichen sollten, den Abstand zum bolschewistischen Rußland auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet zu verringern. Schließlich war die Volkskommunenkonzepktion dazu bestimmt, den Entwicklungsländern und vor allem den kommunistisch regierten Staaten zu zeigen, daß es neben dem sowjetischen Vorbild noch ein an-

deres Modell gab, an dem sie sich orientieren konnten. Bereits anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung der KPCh 1951 ist die chinesische Revolution als „der klassische Typus der Revolutionen in kolonialen und halbkolonialen Ländern“ bezeichnet worden.

Nicht umsonst verbindet sich die Volkskommunenkampagne mit der Betonung der weltrevolutionären Aspekte der marxistisch-leninistischen Ideologie. Diese Entwicklung zeigt, daß

Peking die Voraussetzungen, die „anti-imperialistische Revolution“ in den afroasiatischen Entwicklungsländern und insbesondere Südostasien voranzutreiben, weitaus günstiger beurteilt als das an der Erhaltung und Zementierung des status quo stärker interessierte Moskau.

Anmerkung:

Boris Meißner, Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, o. Prof. an der Universität Kiel, geb. 10. 8. 1915.

PIETRO QUARONI

Die Rolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik

Die Vereinten Nationen entstammen so wie ihr Vorgänger, der Völkerbund, einem an sich sehr verständlichen Wunsch, Gesetz und Ordnung in dem Dschungel der internationalen Beziehungen zu schaffen, um den Krieg zu vermeiden. Es ist kein Zufall, daß beide am Ende von zwei schrecklichen Kriegen entstanden sind.

Man muß zugeben, daß bis jetzt in den internationalen Geschäften vor allem die Macht maßgebend ist. Der Stärkere glaubt auch das Recht zu haben, seinen Willen durchzusetzen. Es gibt natürlich Unterschiede. Die älteren Mächte, die schon ihre maximale Ausdehnung gefunden haben — die gesättigten Mächte, wie man sie manchmal nennt —, sind in ihren Wünschen zuweilen etwas gemäßiger als die jüngeren; sie wollen eher behalten als erobern, so wie ein Mann, der schon viel Geld verdient hat, nicht so geldgierig sein kann wie einer, der seine Karriere noch vor sich hat. Aber Tatsache bleibt, daß zwischen einem schwachen Land und einem starken Land das stärkere doch mehr Möglichkeiten hat, sein Recht zu behaupten, als das schwächere, und daß das Leben einer kleinen Macht in der Welt sehr oft nicht besonders bemerkenswert ist.

Internationale Institutionen brauchen Machtmittel

Aber um dieses Ziel zu erreichen, genügte nicht allein die moralische Autorität des Königs; er mußte auch die Macht haben, die widerspenstigen Feudalen zum Gehorsam zu zwingen. Darum waren nur die Kaiser und die Könige mächtig, die über soviel eigene Kraft verfügten, die jener der Feudalen überlegen war. Der Sieg des königlichen Gerichts war nur dann sicher, wenn ein jeder wußte, daß der Richter die königliche Macht in Bewegung setzen konnte, um die Streitenden zum Gehorsam zu zwingen: nur

Dieser Wunsch nach Gesetz und Ordnung ist an sich nicht neu. Was waren eigentlich im Mittelalter der Heilige Römische Kaiser und der Papst anderes als eine Art von Richtern, die das Gesetz und die Gerechtigkeit der nackten Macht gegenüber zu verteidigen versuchten? Und als ein Otto der Große Kaiser war, oder ein Gregor VII. Papst, ist es ihnen auch manchmal gelungen, die Schwachen gegen die Mächtigen zu verteidigen. Auch in den Verträgen des Westfälischen Friedens findet man den Versuch, eine Art von internationaler Organisation zur Abschreckung des Angreifers zu schaffen.

Man versucht eigentlich in den internationalen Beziehungen das zu erreichen, was man in den inneren Beziehungen erreicht hat. Es gab eine Zeit, wo ein jeder sein Recht oder seine Ansprüche durch das Schwert durchsetzen wollte. Die feudale Anarchie hat man überwunden, als es dem König, dem damaligen Vertreter der Autorität des Staates, gelungen war, alle Untertanen, die großen wie die kleinen, zu zwingen, ihre Beschwerden vor sein Gericht zu bringen und seine Entscheidungen zu befolgen.

wenn der König den Willen und die Macht hatte, den Widerstrebenden den Kopf abzuschlagen. So ist es auch in den internationalen Beziehungen, und darin liegt die große Schwierigkeit aller internationalen Einrichtungen, wie die der Vereinten Nationen. Wie kann man einen Staat zwingen, die Entscheidungen einer höheren internationalen Instanz anzunehmen? Wo ist die Polizei, die im Namen der internationalen Behörde die widerspenstigen Mitglieder zum Gehorsam zwingen kann?

Zur Zeit des Konflikts um Korfu, im Jahre 1923, stellte England seine Flotte dem Völkerbund zur Verfügung, um Italien zum Gehorsam zu zwingen: und es ist gelungen. Aber hätte sich der Völkerbund gegen England durchsetzen müssen, wer hätte damals die britische Flotte zum Gehorsam zwingen können? Daher war der Erfolg von Korfu an sich kein Erfolg der Institution: England verteidigte Griechenland; Italien wollte Griechenland zur Unterwerfung zwingen. Unter anderen Umständen hätte England lediglich offen oder insgeheim Italien ein Ultimatum gestellt. In der neuen Atmosphäre hat England es vorgezogen, als Vollstrecker der Entscheidung des Völkerbundes, wo sein Einfluß doch maßgebend war, aufzutreten. Die Form war eine andere, aber die Substanz dieselbe. Das war die Frage, vor die der Völkerbund gestellt war und die er nicht zu lösen vermochte. Der Druck des Völkerbundes als Druck der öffentlichen Meinung, unterstützt von den Kräften einer oder mehrerer interessierter Großmächte konnte ausreichen, um eine kleine Macht zum Gehorsam zu zwingen. Aber was dann, wenn es sich um eine größere Macht handelte?

Ein klassisches Beispiel dafür war der italienisch-abessinische und chinesisch-japanische Krieg. Über Italien wurden die Sanktionen verhängt, aber nicht hundertprozentig, weil Frankreich mit England nicht einverstanden war. Der Versuch, die Autorität des Völkerbundes zu bewahren, wurde jedoch gemacht. Aber ein energisches Auftreten gegen Japan hat man nicht gewagt; die Seekräfte Japans waren zu groß, um auch nur einen Versuch von Sanktionen zu unternehmen. Nur England und die Vereinigten Staaten hätten es gemeinsam wagen können, aber die Vereinigten Staaten waren damals nicht Mitglied des Völkerbundes.

Eine neue Ära in den Beziehungen der Völker

Der Völkerbund ist in einer idealen Atmosphäre von gutem Willen geboren worden. Seine großen Gründer — nicht Wilson allein — glaubten wirklich an die Möglichkeit einer neuen Ära in den Beziehungen der Völker zueinander. Und in den ersten Jahren seines Bestehens ist es auch möglich gewesen, in dieser Atmosphäre der Hoffnung und des Vertrauens, eine Menge Probleme zu lösen. Die Vereinten Nationen aber wurden in einer Atmosphäre von Zynismus geboren. Man ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Großmächte über dem Gesetz stehen, oder, wenn man es anders sagen will, daß sie nicht sündigen können. Da sie für die Freiheit und die Demokratie gekämpft hatten, sollte man ein für allemal auch annehmen, daß sie auch für die Gerechtigkeit waren. Darum hat man den Großmächten nicht nur einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat gegeben — einen permanenten Sitz hatten sie auch im Völkerbund —, sondern auch das Veto-Recht zugestanden.

Hierin liegt der große Unterschied zwischen Vereinten Nationen und Völkerbund. Im Völkerbund hatte jede Macht, auch die kleinste, das Veto-Recht: in Fällen wie bei den Sanktionen gegen Italien hat man wohl einen Weg gefunden, um das Veto-Recht zu umgehen, aber die juristische Gleichheit aller Staaten blieb gesichert. Bei den Vereinten Nationen haben nur die anerkannten Großmächte das Veto-Recht.

Das ist zwar zynisch, aber realistisch. Wenn es den Großmächten — und besonders Amerika und Sowjetrußland — gelungen wäre, ein gutes Einverständnis untereinander zu erreichen, so hätten beide gemeinsam Ordnung in der Welt schaffen können. Wohl Ordnung, wenn auch nicht immer Gerechtigkeit: aber auch nur Ordnung kann schon etwas sein. Wer würde sich einer Entscheidung der Vereinten Nationen entziehen können, wenn diese Entscheidung durch die vereinten Kräfte der Russen und der Amerikaner unterstützt werden könnte? Aber dieses Einverständnis zwischen Rußland und Amerika war eine Illusion. Durch die Feindseligkeiten zwischen beiden Über-Großmächten sind die Vereinten Nationen, in bezug auf die Vollstreckung ihrer Entscheidungen, in eine Ohnmachtstellung gesunken, die nicht geringer ist als die des Völkerbundes. Alles wie früher, und noch ein bischen schlimmer.

Der Völkerbund besaß keine eigenen Verteidigungskräfte. Bei den Vereinten Nationen hingegen wurde die Errichtung einer internationalen Streitkraft vorgesehen, was theoretisch ganz gut sein mag, aber in der Praxis? Wenn es darum geht, einen Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien zu schlichten, können wohl die Streitkräfte, die die Vereinten Nationen mobilisieren können, dafür eingesetzt werden, um das eine oder das andere widerspenstige Mitglied zum Gehorsam zu zwingen, jedoch nur dann, wenn die größeren Mächte mit der Entscheidung der Vereinten Nationen einverstanden sind; denn wenn sie nicht einverstanden sind, und jede Großmacht einen der zwei Streitenden unterstützt, wird ein Eingreifen der Streitkräfte der

Vereinten Nationen viel problematischer. Wenn sich aber Amerika oder Rußland einer Aggression schuldig machen, was kann man dann tun? Um sie zum Gehorsam zu zwingen, sollte man über eine Kraft verfügen können, die der ihrigen überlegen ist, so daß die Vereinten Nationen, theoretisch, eigene Streitkräfte zur Verfügung haben sollten, die mächtiger sein müssen als die Streitkräfte Amerikas oder Rußlands. Das ist natürlich ausgeschlossen. Daher müßte man praktisch, um Rußland zu zwingen, die Kräfte Amerikas und seiner Verbündeten mobilisieren. Das könnte nur einen allgemeinen Krieg bedeuten. Mit anderen Worten: Die Politik der Vereinten Nationen führt in ernstesten Fällen zu den gleichen Konsequenzen wie eine Politik ohne die Vereinten Nationen.

Das haben wir im Fall von Korea gesehen: Der Korea-Krieg war ein Krieg Amerikas unter

der Flagge und mit einem kleinen Kontingent der Vereinten Nationen. Und die Entscheidung ist doch nicht gefallen, weil Amerika es nicht gewagt hat, Rußland weiter als bis zu einem gewissen Punkt herauszufordern.

Man sagt oft, daß es die kleineren Staaten sind, die die Verantwortung für den Krieg tragen. Ein Jahrhundert lang hat man vom Balkan als dem Pulverfaß Europas gesprochen. Die kleinen Mächte können aber nur kleine Schwierigkeiten bereiten. Es sind nur die Großmächte, die großen Schaden anrichten können. Der Balkan war an sich nicht das Pulverfaß Europas: das Pulverfaß waren die Großmächte, die diesen oder jenen Balkanstaat als ihren Satelliten aufhetzten oder verteidigten. Es war ein politischer Kampf und manchmal auch ein Krieg durch Strohmänner. Etwas, was wir auch ganz klar heutzutage beobachten können.

Garantie für den status quo?

Eine andere große Schwierigkeit: Was soll dieses System der internationalen Sicherheit garantieren? Die Geschichte ist Entwicklung, Bewegung. Eine Macht steigt auf, entwickelt sich, und dann setzt die Dekadenz ein. Das ist immer so gewesen und wird auch so weitergehen. Und Kriege und Revolutionen sind an sich nur die Mittel, um diese Bewegung der Geschichte zu vollziehen, weil die Staaten, so wie die Klassen, ihre privilegierten Stellungen nicht gutwillig aufgeben wollen. Dieses ständige Sichentwickeln und Sichbewegen ist nicht zu vermeiden; es wäre bloß antihistorisch. Jegliche Organisation der allgemeinen Sicherheit ist dagegen geneigt, eine Garantie für einen gewissen status quo vorzustellen. Jedes Land soll das Recht haben, von der internationalen Gemeinschaft Schutz und Garantie für seine rechtmäßigen Grenzen von heute zu beanspruchen. Völkerbund und Vereinte Nationen sind beide nach einem Krieg entstanden: und sie sollten beide jene Grenzen und jene Machtbeziehungen garantieren — das heißt verewigen —, die als Folge des Krieges entstanden waren. Aber der Sieg in einem Krieg ist nicht immer und nicht ganz der Sieg des Rechtes gegen das Unrecht, es ist der Sieg einer Macht oder einer Mächtegruppe, die den anderen ihre Auffassung der Grenzen und Machtbeziehungen aufzwingt. Muß das wirklich auch so bleiben, wenn sich die Umstände im Laufe der Jahre oder der Jahrzehnte verändert haben?

Wie kann man den status quo und die geschichtliche Entwicklung miteinander vereinbaren? Der Völkerbund hat es versucht: Auf der einen Seite garantierte er die Grenzen seiner Mitglieder; es gab aber in der Verfassung des Völkerbundes auch einen Artikel, der die Möglichkeit einer Revision der Verträge vorsah.

Im Sinne der Gründer des Völkerbundes hatte dieser Artikel nur einen begrenzten Zweck: die Möglichkeit einer bescheidenen Revision der Grenzen Deutschlands, Ungarns und Bulgariens. Aber dennoch war es ein Prinzip. Dieser Artikel ist aber nie angewendet worden. Die ersten Jahre des Völkerbundes waren ein Kampf zwi-

schen Frankreich, das das Prinzip der heiligen Unantastbarkeit der Friedensverträge verteidigte, und England, das dagegen das Prinzip der Revision vertrat.

Frankreich hat gewonnen. Aber damit hat der Völkerbund die Chancen, die er hätte haben können, einigermaßen zu einer Realität zu werden, verspielt.

Die Vereinten Nationen waren nicht an einen Friedenvertrag gebunden wie der Völkerbund, und obwohl sie die jetzigen Grenzen ihrer Mitglieder ebenfalls garantieren, ist die Form nicht so präzise wie beim Völkerbund; auch hat die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage es zu Anfang nicht erlaubt, die Vereinten Nationen zu einem Verband von *beati possedentes* zu machen. Zur Zeit des Völkerbundes sagte man — und mit Recht —, daß hätte er zu Anfang des 19. Jahrhunderts bestanden, dann hätten die Länder Lateinamerikas ihre Selbstständigkeit nie erlangen können. Dagegen wurden unter dem Schutz der Vereinten Nationen fast alle Kolonialreiche tatsächlich liquidiert: manchmal mit der vollen Zustimmung der ehemaligen Kolonialherren, manchmal etwas anders. Aber im allgemeinen ist diese große geschichtliche Umwälzung, die sich vor unseren Augen abgespielt hat, bei den Vereinten Nationen nicht auf Widerstand gestoßen. Aber das ist nicht geschehen, weil die Vereinten Nationen etwa ihren Willen durchgesetzt haben: es ist geschehen, weil die ehemaligen Kolonialherren sich der Befreiungsbewegung nicht widersetzen wollten oder konnten.

Wenn aber die Herrscher nicht nachgeben wollten, dann haben sich die Vereinten Nationen als ohnmächtig erwiesen.

Da ich ein amtierender Diplomat bin, ziehe ich es vor, keine Beispiele zu bringen: aber Sie können selbst sehr leicht einige dafür finden.

Übrigens ist auch die Frage der Entwicklung der Geschichte eine Frage der Macht. Nehmen wir den Völkerbund: Es ist immer leicht, von der

Vergangenheit zu sprechen. Beinahe alle hatten verstanden, daß eine Revision der Friedensverträge unumgänglich war, um eine friedliche Entwicklung Europas zu ermöglichen. Hätte man wirklich zu einer Abstimmung über diese Frage kommen können, so hätte die übergroße Mehrheit sich zweifellos für eine weitgehende Revision entschieden. Aber Frankreich und seine Verbündeten waren absolut dagegen. Wer hätte sie zwingen können? Eine Entscheidung des Völkerbundes wäre nur ein platonischer Beweis guten Willens gewesen.

Die Vereinten Nationen und ihr Vorgänger haben das gesteckte Ziel, Gerechtigkeit und Ordnung in den internationalen Beziehungen zu schaffen, nicht erreicht. Hoffen wir, daß eine Zeit kommen wird, wo in den internationalen

Beziehungen das Recht und nicht die Macht ausschlaggebend sein wird. Hoffnungen muß man immer haben: aber fest damit rechnen, und eine Politik auf solche Träume aufzubauen, wäre nur eine gefährliche Illusion. Ich fürchte, daß noch auf Jahrzehnte hinaus — und vielleicht noch länger — in den internationalen Beziehungen das Dschungel-Gesetz ausschlaggebend bleiben wird.

Kann man daher zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Vereinten Nationen ganz unwichtig sind? Das wäre ein ebenso großer Fehler wie der Gedanke, daß die Vereinten Nationen die Gerechtigkeit einführen können. Die Vereinten Nationen besitzen eine gewisse Bedeutung, sogar eine ziemlich große, als Forum für die Formulierung und die Äußerung der öffentlichen Meinung und des Weltgewissens.

Die UNO als Forum des Weltgewissens

Denn es gibt ein Weltgewissen. Es mag angenehm oder unangenehm sein, aber es ist so. Dieses Weltgewissen hat immer existiert. Wie sich dieses Gewissen formt, ist nicht leicht zu analysieren, aber daß es existiert, ist nicht zu leugnen. Und eine internationale Versammlung wie der Völkerbund oder die Vereinten Nationen ist ein mächtiges Mittel, um diesem Weltgewissen seine Äußerungsmöglichkeit zu geben. Das Weltgewissen existiert, und es ist politisch sicher kein Vorteil, sich gegen dieses Weltgewissen zu stellen. Zu Beginn des italienischen Feldzugs gegen Äthiopien sagte Mussolini: Was tun wir Italiener anders als was schon jahrhundertlang die anderen Kolonialmächte — Frankreich und besonders England — getan haben? An sich hatte Mussolini Recht: der Krieg Italiens gegen Äthiopien war nicht schlimmer als die englische Eroberung Indiens oder die französische Eroberung Marokkos. Aber der Unterschied lag darin, daß zur Zeit des Abessinien-Krieges das Gewissen der Welt mit den kolonialen Eroberungen nicht mehr einverstanden war. Mit diesem Krieg hat sich Italien gegen das Weltgewissen gestellt — und das hat es auch teuer bezahlt. Für die Einigung Deutschlands hat Preußen zwei Kriege geführt: den einen gegen Österreich, den anderen gegen Frankreich. An sich waren es zwei typische Aggressionskriege: aber das Weltgewissen war damals für Preußen. Später hat Deutschland noch zwei Kriege geführt. Wenn die Schuld Deutschlands und Italiens am zweiten Weltkrieg nicht zu leugnen ist, so ist die Verantwortung für den ersten Krieg geschichtlich sehr geteilt. Aber in beiden Fällen hat Deutschland gegen das Gewissen der Welt verstoßen. Die Niederlage Deutschlands war militärisch: aber man darf auch nicht die Wirkung, die solch ein Weltgewissen haben kann, unterschätzen.

Es ist immer besser, wenn möglich, einen Krieg zu vermeiden. Aber wenn er unumgänglich ist, ist es immer besser, diesen Krieg nicht gegen das Gewissen der Welt zu führen. So gewinnt man ihn leichter und verliert man ihn leichter, wenn er eben zu verlieren ist.

Das Weltgewissen wird zwar oft von einer geschickten Propaganda beeinflusst. Propaganda

hat man schon immer, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, getrieben. Sie wirkt jedoch nicht immer und überall in der gleichen Weise. Es kommt nicht allein auf eine gescheite Propaganda an, sondern auch darauf, ob sie den Strömungen und Tendenzen des Weltgewissens entspricht oder nicht. Bismarck war ein vortrefflicher Propagandist, ebenso Cavour. Aber die Propaganda von Bismarck und Cavour hat ihren Erfolg haben können, weil die Tendenz zur nationalen Befreiung, zur nationalen Einigung, den Weltbestrebungen und dem Weltgewissen von damals entsprach. Österreich und gewissermaßen auch Frankreich, die für den status quo kämpften, hatten nicht das Gewissen auf ihrer Seite. Von dem Habsburgischen Österreich kann man sagen, daß es nie verstanden hat, für sich Propaganda zu treiben. Im Gegensatz zu den Habsburgern war Napoleon III. ein großer Journalist und hatte für die Probleme der Propaganda ein fast modernes Verständnis: aber

gegen den Geist seiner Zeit konnte auch er nicht ankämpfen.

Das Weltgewissen ändert sich ständig, und in den letzten Jahrzehnten hat es sich nicht zu Gunsten des Westens entwickelt.

Man könnte sagen, daß es heute kein einheitliches Weltgewissen gibt, wie im vorigen Jahrhundert, oder noch zur Zeit des Abessinien-Krieges. Heute gibt es mehrere Weltgewissen. Wir haben das ganz deutlich erkannt zur Zeit der Diskussionen bei den Vereinten Nationen über den Ungarn-Aufstand und die französisch-englische Suez-Expedition, die, durch Zufall oder nicht, praktisch zur selben Zeit stattgefunden haben. Für uns traditionelle Europäer war es an sich nicht vorstellbar, daß diese zwei Fragen auf der gleichen Ebene behandelt werden könnten. Wir sind in einer Welt geboren und aufgewachsen, wo es als Verbrechen gilt, jemanden zu töten. Uns erschien es aber noch schlimmer, einen es viel schlimmer ist einen Araber oder Neger umzubringen. Wenn wir den Atlantik überqueren, sieht die Sache schon etwas anders aus. Für den Amerikaner bedeutet es ein und dasselbe, einen Araber oder einen Ungarn zu töten. Aber es gibt einen bedeutenden Teil der Weltmeinung — Milliarden heute —, der der Ansicht ist, daß es viel schlimmer ist, einen Araber oder Neger zu töten als einen Ungarn. Vor einigen Jahrzehnten existierte dieser Teil der Menschheit politisch noch nicht. Im Völkerbund war es ganz anders: die ausschlaggebende Mehrheit bestand aus Europäern. Nur lateinamerikanische Staaten, in ihren antikolonialistischen Tendenzen, mochten unser ein wenig überdrüssig sein. Die Russen, mit ihrer Befreiungspolitik der Kolonialvölker, waren uns auch sehr unangenehm. Aber im Grunde genommen vertrat die ausschlaggebende Mehrheit der politischen Meinung den europäischen Standpunkt, und der Völkerbund als Spiegel der damaligen Machtbeziehungen wurde von dieser Konzeption beherrscht.

Entwicklungsländer haben die Mehrheit

Heute ist es anders. Es mag für uns Europäer unangenehm klingen, gewissermaßen eine Minderheit geworden zu sein, aber es ist so. Und in diesem Sinn kann man sagen, daß die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre wirklich umwälzend gewesen ist. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung war das Wesen der Vereinten Nationen derjenigen des Völkerbundes sehr ähnlich. Europa war wohl an zweite Stelle gerückt; Amerika, obwohl keine europäische Macht im strikten Sinne des Wortes, war doch ein beständiges Element der westlichen Welt und der europäischen Kultur; ebenso England mit seinem Commonwealth. Die Russen waren natürlich viel mächtiger als vorher, und das China von Tschang-Kai-Schek war zur Großmacht promoviert. Aber diese Änderungen waren nicht radikaler Natur, so daß die ganze Organisation der Vereinten Nationen — Sicherheitsrat, Sekretariat, usw. — noch zweifellos unter dem Einfluß des Machtbereichs von damals standen. Unter den 51 Staaten, die ihr damals angehörten, waren nur 7 asiatische und 3 afrikanische. Heute ist es anders. Heute besteht die Mehrheit der

Vereinten Nationen nicht mehr aus westlichen Staaten, sondern aus jenen, die wir die Entwicklungsländer nennen, das heißt, die ehemaligen Kolonialländer. Heute sind es 21 asiatische und 25 afrikanische Staaten. Allein im Jahre 1960 sind 16 afrikanische Staaten unabhängig geworden und den Vereinten Nationen beigetreten. Alles Entwicklungsländer, und das wird noch weitergehen. Es gibt noch eine Reihe von Ländern in Afrika, die auf der Schwelle der Selbständigkeit und somit vor ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen stehen. Was die Europäer betrifft, besteht nur die Hoffnung, daß eines Tages Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen sein wird: aber das wäre nur eine Stimme. Eine Vermehrung um eine Stimme ist alles, was wir Europäer uns erhoffen können.

Es ist nicht angenehm, aber es ist eine Tatsache, mit der man sich abfinden muß, so wie es nicht angenehm ist, 60 Jahre anstatt 20 Jahre alt zu sein. Was kann man tun? Die Dekadenz ist immer ein bitterer Weg, aber man kann sie nicht vermeiden. Wir können, wenn wir wollen, ein jeder für sich oder gruppenweise, aus den

Vereinten Nationen heraustreten; wir können auch die Vereinten Nationen zum Scheitern bringen; aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Kontinent Europa nicht mehr das Zentrum der Welt ist, und daß die westliche Welt, das heißt Europa plus Amerika, Kanada, Australien, usw., nicht mehr die allein entscheidende Macht in der Welt ist. Und was die öffentliche Weltmeinung, das Weltgewissen betrifft, dieses Weltgewissen wird nicht mehr nur im Westen geformt.

Das ist eine der Schwierigkeiten unserer Zeit. Es gibt nicht eine öffentliche Meinung, es gibt verschiedene öffentliche Meinungen; es gibt nicht ein Gewissen der Welt, es gibt mehrere Weltgewissen.

In seiner letzten Äußerung vor den Vereinten Nationen hat Herr Chruschtschow eine neue Ordnung des ganzen Apparats vorgeschlagen: Der Sekretär der Vereinten Nationen sollte nicht mehr ein einzelner Mann sein, sondern ein Dreigestirn: ein Vertreter der kapitalistischen oder westlichen Welt, ein Vertreter der kommunistischen Welt und ein dritter Vertreter der soge-

nannten neutralen Welt, das heißt der Entwicklungsländer, die zumeist nicht engagiert sind und sich nicht engagieren wollen. Der Vorschlag war natürlich ein Vorwand, um die Vereinten Nationen zum Werkzeug der russischen Bestrebungen werden zu lassen. Wir haben jedoch eigentlich nicht das Recht, Rußland zu scharf für diese seine Tendenz zu verurteilen. Wir haben ebenfalls unter den damaligen Umständen versucht, die Vereinten Nationen zugunsten der Anschauungen des Westens zu formen, in einem Moment, als sie noch ausschlaggebend erschien; und es ist fraglich ob Roosevelt ein so leidenschaftlicher Verfechter der Vereinten Nationen gewesen wäre, wenn er ihre Entwicklung hätte voraussehen können.

Wie dem auch sei, diese Aufteilung der Welt in drei Gruppen, in drei Religionen möchte man fast sagen, entspricht den Tatsachen. Es gibt eine westliche Welt, es gibt eine kommunistische Welt und es gibt eine neutrale Welt: neutral in dem Sinn, daß sie es ablehnt, sich sowohl der westlichen wie der kommunistischen Welt anzuschließen.

Die psychologischen Folgen der Kolonialherrschaft

Diese Idee der neutralen Welt ist am schwierigsten zu definieren. Und sie ist auch die Welt, die für uns — den Westen — das größte Interesse in der Politik wie in der Propaganda darstellt — insoweit Politik und Propaganda voneinander zu trennen sind. Diese neutrale Welt besteht aus ehemaligen Kolonialländern — direkten Kolonialbesitzungen oder indirekten (die Kommunisten nennen sie halbkolonial). Sie haben sich von ihren westlichen Herrschern befreit. Obwohl in vielen Fällen ihre Befreiung mit vollem Einverständnis der ehemaligen Herrscher vor sich gegangen ist, bleibt doch das Gefühl zurück, daß diese Freiheit in einer Art gemeinsamem Weltkampf zur Eliminierung der Kolonialmächte errungen worden ist; und es ist auch wahr, wenigstens zum Teil. Kulturell sind sie gespalten. Die meisten der heutigen Leader haben, mit geringen Ausnahmen, französische und englische Universitäten besucht. Sie haben gegen ihre Kolonialherren die geistigen Waffen angewandt, die sie auf ihren Schulen oft durch ihre Stipendien erhalten haben. Sie wollten die politische Freiheit und auch die ökonomische Freiheit, aber kulturell waren sie zu Westlern geworden.

Am ausgeprägtesten sieht man das bei Nehru, der ein überzeugter indischer Patriot ist, ein großer Kämpfer für die Freiheit der Kolonialvölker, ein Neutralist, der aber zu gleicher Zeit kulturell völlig der englischen Welt angehört: er ist, unter anderem, einer der besten heutigen Schriftsteller in englischer Sprache. An sich sind sie nicht gegen uns; sie sind das perfekte Ergebnis der Kulturarbeit des Kolonialsystems.

Aber die Fremdherrschaft hinterläßt tiefe Spuren. Hier in Europa waren wir alle in den letzten Jahren mehr oder weniger besetzt und befreit. Somit können wir die Gefühle dieser Leute verstehen. Es ist nie angenehm, fremde Herrscher im eigenen Land zu haben und fremde Befehle anzunehmen. Bei uns hat das

nur einige Jahre gedauert, in Indien zum Beispiel aber eineinhalb Jahrhundert.

Dann die Frage der Rasse, der Farbe. Wenn man vom Rassismus spricht, denkt man unwillkürlich an die Übertreibungen des Nationalsozialismus. Aber es gibt auch andere Formen von Rassismus: und in einer gemilderten Form besteht der Rassismus noch überall in der westlichen Welt. Wenn ein Deutscher eine Italienerin heiratet, oder ein Amerikaner eine Französin, kann das gewissermaßen in der Familie und im engen Kreis als etwas Fremdes erscheinen. Es gibt aber kein Rasseverbot, keine Rassen-Barriere: die öffentliche Meinung akzeptiert das als etwas Normales. Bernhard Shaw hat gesagt, die Eliminierung der Klassen in einer Gesellschaft bestehe vor allem in der Berechtigung zur Eheschließung. Wenn es an sich ganz normal erscheinen wird, daß die Tochter eines Betriebsdirektors einen Arbeiter heiratet, dann, aber nur dann, sind die Klassenunterschiede wirklich überwunden. Solange eine Art von sozialem Tabu der Tochter eines Herzogs verbietet, einen Commoner zu heiraten, sind die Klassenunterschiede nicht überwunden. Die Klassenunterschiede sind sehr schwach geworden, aber sie existieren noch in unserer Gesellschaft. Nationalitätshindernisse im Rahmen der westlichen

Sowjetischer Versuch einer Erweiterung des Vetorechts

Was will eigentlich Herr Chruschtschow? Im Sicherheitsrat hatte Rußland von Anfang an sein Vetorecht, und mit diesem Vetorecht konnte es jede Aktivität der Vereinten Nationen lähmen, wenn sie gegen die Interessen von Rußland gerichtet war. Die Russen haben ihr Vetorecht ein bißchen zu oft angewandt, deshalb versuchten die Westler sich über den Umweg der Vollversammlung durchzusetzen, weil es in der Vollversammlung kein Vetorecht gibt und der Ge-

Welt sind fast gänzlich verschwunden. Eine Barriere der Farbe existiert jedoch, und nicht nur in den Vereinigten Staaten. Wir alle hier sind ohne Zweifel sehr fortschrittliche Leute: aber was würden wir sagen, wenn einer unserer Söhne uns eine schöne Negerin als Schwiegertochter vorstellen sollte? Und man darf nicht vergessen, daß die Inschrift „Eintritt verboten für Hunde und Chinesen“ keine propagandistische Erfindung war; eine solche Inschrift hat tatsächlich existiert.

Dann der Mangel an politischem und ökonomischem Vertrauen. Sie sind nicht überzeugt, daß die alten Kolonialländer auf ihre ehemalige Machtstellung wirklich verzichtet haben. Sie glauben und befürchten, daß sie noch irgendwelche Mittel ersinnen, um ihre alte Herrschaft direkt oder indirekt wieder herzustellen. Sie haben nur ein beschränktes Vertrauen zu uns anderen, weil wir mit ihren alten Kolonialherren im Bündnis stehen und dieselbe Hautfarbe haben.

Ich glaube, wir unterschätzen die Intelligenz dieser neuen Länder, wenn wir sagen, daß sie die kommunistische Gefahr nicht verstehen. Aus meiner Erfahrung in diesen Ländern kann ich sagen, daß sie viel mehr und viel klarer verstehen als wir denken. Sie wissen ganz gut, daß die Kommunisten sie gänzlich für ihr System gewinnen wollen, aber sie sind auch überzeugt, daß die Russen wirklich nicht wollen, daß diese Länder unter die westliche Herrschaft zurückkehren. Und da für diese Länder die westliche Gefahr bedeutend greifbarer ist — noch eine Sache der jüngsten Vergangenheit —, betrachten sie den Russen als ein mögliches Verteidigungsmittel gegen uns, mit welchem sie sich gegen die westlichen Forderungen zur Wehr setzen. So könnte man ein wenig vereinfachend sagen, daß die meisten dieser Länder kulturell dem Westen zugewandt und in der Innenpolitik weder kapitalistisch noch kommunistisch sind. Sie versuchen einen dritten Weg für ihre politische und ökonomische Entwicklung zu finden. Außenpolitisch blicken sie aber nach der russischen Seite mit weniger Mißtrauen — nicht mit Vertrauen — als in unsere Richtung.

Somit gibt es wirklich jetzt drei verschiedene Kreise der öffentlichen Meinung, oder drei verschiedene Äußerungen des Weltgewissens: eine westliche, eine kommunistische und eine nicht engagierte. Daß Chruschtschow diese Tatsache ausnützen möchte, um jede mögliche Aktivität der Vereinten Nationen zu lähmen, ist eine andere Sache; aber diese neue Teilung der Welt bleibt eine Tatsache.

neralsekretär immer selbständig handeln kann, wenn er von einer Mehrheit der Vollversammlung unterstützt wird. Die Vollversammlung ist kein Exekutiv, wie es bis zu einem gewissen Punkt der Sicherheitsrat ist: sie ist eher einem Parlament ähnlich. Aber wenn die Vollversammlung, als Äußerung der öffentlichen Meinung der Welt, sich für oder gegen eine gewisse Politik einsetzt, dann kann man wenigstens etwas versuchen.

Juristisch betrachtet, ist nur eine Zweidrittel-Mehrheit exekutiv; aber auch eine einfache Mehrheit ist nicht ohne Wert. Die persönliche Politik des jetzigen Generalsekretärs, Herrn Hammarskjöld, ist immer dahingehend gewesen, in gewissen Fällen die Handlung persönlich und direkt in die Hand zu nehmen, gestützt auf die öffentliche Meinung der Welt. Die Handlungen von Mister Hammarskjöld haben nicht immer das Glück gehabt, allen zu gefallen. Wenn man versucht überparteiisch zu sein, kann man nicht allen gefallen. Aber offenbar haben sie den Kommunisten noch weniger gefallen als den Kapitalisten. Durch diese Verdreifachung des Postens des Generalsekretärs will man einfach das Veto-recht dort einführen, wo es bis jetzt noch nicht existierte.

Was war eigentlich die Politik von Hammarskjöld? Soweit ich ihn kenne, ist er ein intelligenter Mann und ein großer Realist. Er macht sich zweifellos keine Illusionen über die Möglichkeiten der Vereinten Nationen: er sieht deutlich ihre Grenzen. Aber er denkt — und meiner Meinung nach hat er völlig Recht —, daß die Vereinten Nationen nützlich sein können, um Konflikte zu entschärfen, um zu verhüten, daß aus einem kleinen Streitfall ein allgemeiner Konflikt entsteht. Darum hat er die Politik der persönlichen Intervention erfunden. Und er hat damit auch einige Erfolge gehabt: Ohne Zweifel hat er zur Zeit der Suez-Krise den Franzosen und Engländern die Möglichkeit gegeben, sich mit einem Minimum an Prestigeverlust aus der Affäre zu ziehen.

Noch größer war sein Erfolg im Falle der Landung der Engländer und der Amerikaner in Jor-

danien und im Libanon. Ob sein Erfolg ebenso groß im Kongo sein wird, kann man noch nicht sagen: die Kongo-Krise ist noch nicht beendet, und — wie die alten Römer sagten — es ist immer besser bis respice finem zu warten.

Bis heute kann man nur sagen, daß Herr Hammarskjöld mit seiner Politik im Kongo die Welt vor der Möglichkeit einer Katastrophe bewahrt hat. Ob Lumumba wirklich Kommunist war, werden wir wahrscheinlich nie erfahren. Es gibt bei uns eine gewisse Tendenz, alle, die uns nicht gefallen, als Kommunisten zu bezeichnen, so wie für die Kommunisten jemand, der ihnen nicht gefällt, immer nur ein Faschist ist. Die Lage im Kongo ist noch sehr verwirrt, und keiner von uns kann die künftigen Entwicklungen voraussehen. Tatsache bleibt jedoch, daß es bis jetzt gelungen ist, einen direkten Konflikt zwischen Amerika und Rußland in der Kongo-Angelegenheit zu vermeiden. Und das ist keine Kleinigkeit. Die Tatsache, daß Herr Chruschtschow in New York gegen Herrn Hammarskjöld seinen Zorn ausgelassen hat, sollte für uns ein Beweis dafür sein, daß die Politik von Herrn Hammarskjöld im Kongo zumindest nicht den Wünschen und Erwartungen der Kommunisten entsprochen hat. Andernfalls hätten die Russen nicht versucht, den Befugnissen des Generalsekretärs Grenzen zu setzen: sie hätten im Gegenteil vorgeschlagen, diese Befugnisse zu erweitern. Und wir hätten an ihrer Stelle natürlich dasselbe versucht.

Wie gesagt, haben die Vereinten Nationen, als mögliches clearing-house der schwierigsten Konflikte, als Entschärfungskammer, wenigstens heute, ihre einzige — nicht zu unterschätzende — Möglichkeit.

öffentliche Meinung der Welt auf unsere Seite zu bringen. Mit anderen Worten müssen wir mit Wort und Tat Propaganda treiben, und zwar eine gute Propaganda.

Ich glaube, es wäre ein Fehler zu behaupten, daß die letzte Sitzung der Vereinten Nationen ein Fehlschlag für die sowjetische Politik gewesen sei: wohl haben die Russen nicht alles erreicht, was sie wünschten; wohl haben die sogenannten neutralen Länder mehr Widerstandskraft gezeigt als wir glaubten oder befürchteten; und wohl sind viele Abstimmungen zuungunsten der russischen Pläne ausgefallen. Von einem Fehlschlag zu sprechen, wäre aber ein wenig verfrüht. Die neue Taktik der Russen bei den Vereinten Nationen sowie einige ihrer Vorschläge haben Strömungen ausgelöst, die nicht leicht zu kontrollieren sein werden. Und ich glaube, man muß sich mit der Möglichkeit abfinden, daß bei künftigen Sitzungen und auf anderer Ebene die Russen bedeutend mehr Erfolg haben werden als man erwartet.

Die Lage in den Vereinten Nationen hat sich in fünfzehn Jahren zum Nachteil des Westens entwickelt; wie weit und wie stark, kann jetzt noch nicht gesagt werden: das hängt auch von unserer Politik, von unserer Haltung und von unserer Propaganda ab. Vor fünfzehn Jahren konnte man meinen, daß, ideologisch wenigstens, die Vereinten Nationen fest in unseren Händen lagen: heute sind wir Westler in den Vereinten Nationen zu einer Minderheit geworden. Der Gedanke, daß das kleine Togo den gleichen Stimmwert hat wie die Vereinigten Staaten, mag natürlich sehr unangenehm sein. Aber das war auch früher so: wir sollten Togo nicht mit den Vereinigten Staaten vergleichen, sondern mit Island oder Luxemburg. Keiner hielt es für anstößig, daß Island oder Luxemburg eine gänzlich unabhängige Stimme hatten wie England oder die Vereinigten Staaten. Der einzige Unterschied liegt daher darin, daß es noch vor einigen Jahren sehr wenige kleine Länder mit farbiger Haut gegeben hat; und heute gibt es eine Menge. Es ist die Entwicklung der Welt, daß die Vereinten Nationen sich den Veränderungen der politischen Geographie der Welt anpassen. Eine Periode der Geschichte geht zu Ende; es mag unangenehm sein, aber, wie gesagt, es ist eine Tatsache, mit der man sich abfinden muß.

Die Vereinten Nationen können keine große Entwicklungsmöglichkeit haben, bis wir alle, groß und klein, nicht wirklich bereit sind, die Vereinten Nationen als übernationales Gericht anzuerkennen: übernational im vollsten Sinne des Wortes. Ein Kommunist wird aber nie an die Unparteilichkeit eines kapitalistischen Richters glauben, in einem Konflikt, in dem kommunistische Interessen verwickelt sind, und umgekehrt. Für unseren Stolz ist es fast unerträglich zu denken, daß ein Inder oder ein Ghaner über einen Streitfall zwischen — sagen wir — Norwegen und Schweden entscheiden kann. Die farbigen Leute ihrerseits sind überzeugt, daß im Falle eines Konflikts zwischen einem Westler und einem Neutralen die Entscheidung eines westlichen Richters nicht unparteiisch ausfallen würde. Es wird lange dauern, zweifellos Jahrzehnte, bis wir uns alle an die neue Lage angepaßt haben werden.

Chruschtschows Begriff der Koexistenz

Die friedliche Koexistenz — oder der kalte Krieg, ganz gleich wie Sie es nennen wollen — hat ihre Gesetze. Chruschtschow hat sie glänzend definiert als den Kampf zweier entgegengesetzter Weltanschauungen, der mit allen Mitteln — politischen, wirtschaftlichen, sozialen — geführt wird, mit Ausnahme der militärischen Mittel. General Wedemeyer hat in seinem Buch eine meiner Meinung nach vortreffliche Definition der großen Strategie gegeben: „Die Kunst und die Wissenschaft vom Einsatz aller Mittel einer Nation, um die von einer nationalen Politik bestimmten Ziele zu erreichen: und diese Mittel sind politische, wirtschaftliche, psychologische und militärische Mittel“. Setzen Sie anstelle von national, kommunistisch, und Sie haben fast gänzlich die sehr exakte Chruschtschow'sche Definition von der friedlichen Koexistenz.

Diese friedliche Koexistenz ist dem brinkmanship sehr ähnlich: man kann so weit gehen bis man bei der Kriegsgefahr angelangt ist. Das bedeutet aber, daß man immer die Bremsen fest in der Hand halten muß. Aber auf beiden Seiten gibt es nur Menschen, in beiden Lagern kann manchmal die Reaktion der öffentlichen Meinung ausgelöst werden — es gibt eine Art von öffentlicher Meinung auch in den totalitären Ländern —, so daß es möglich ist, nur hier und da ein bißchen zu weit zu gehen. Dann wird es gefährlich: wie kann man zu-

rückgehen? Hier spielt die öffentliche Meinung noch eine gewisse Rolle und leider auch das Prestige. Die größten Dummheiten in der Geschichte hat man immer nur um des Prestige willen gemacht. Hierbei können die Vereinten Nationen, durch ihre Anonymität, noch eine wichtige Rolle spielen. Einem bestimmten Gegner mit Namen und Gesicht nachzugeben, verletzt das Prestige; vor einem anonymen Areopag von tausend Namen und Gesichtern zurückzuweichen, kann etwas anderes sein. Dieser anonyme Areopag kann keinen Richtspruch fällen: er kann uns zu einem hinkenden Kompromiß verhelfen: la plus jolie jeune fille du monde ne peut donner que ce qu'elle a: aber auch das kann wichtig sein.

Eine sehr wichtige Rolle, wenn auch nicht die große Richter-Rolle, von der wir träumten. Das heißt, so betrachtet, können die Vereinten Nationen eine wichtige Instanz sein in der friedlichen Koexistenz.

Die Kompromisse, die in den Vereinten Nationen zu erreichen sind, können nur hinkende Kompromisse sein. Ob sie in unserer Richtung mehr hinken oder in der Richtung unserer Gegner, das hängt von der Stimmung der Vollversammlung, von der öffentlichen Meinung der Welt, von dem Gewissen der Welt ab. Darum müssen wir danach trachten, mit Wort und Tat, uns dem Gewissen der Welt anzupassen und die

Die Vereinten Nationen können sehr von Nutzen sein, um aus einer sehr komplizierten Lage einen erträglichen, wenn auch hinkenden, Ausweg zu finden. Das ist natürlich nur so lange möglich, bis die zwei Hauptgegner, Russen und Amerikaner, — und bei jedem noch so kleinen Konflikt findet man direkt oder indirekt Russen und Amerikaner — nicht entschlossen sind, bis zu den letzten Konsequenzen zu gehen. Es ist das Gleichgewicht der Schrecken und der Zerstörungen, das die beiden Gegner zu dieser Vorsicht zwingt. Dieses Gleichgewicht der Schrecken hat seine Regeln: Die Spannung muß nicht über einen gewissen Grad hinausgehen, sonst läuft der Kalte Krieg Gefahr, nicht mehr kalt zu bleiben. Solange die beiden Hauptgegner entschlossen sind, einen Krieg zu vermeiden, muß man zu einem gewissen Punkt entspannen. Die Vereinten Nationen können, ich wiederhole es, eine indirekte Entspannung erleichtern, wenn eine direkte schwieriger ist.

Sollten die zwei großen Hauptgegner zum Krieg entschlossen sein, dann können alle Vereinten Nationen der Welt nichts mehr tun. Aber das ist zweifellos bis jetzt nicht der Fall: und die Vereinten Nationen bieten eine bescheidene, doch wichtige Politikmöglichkeit.

Aber wir müssen darum bei den Vereinten Nationen mit Wort und Tat Politik und Propaganda treiben.

Vor allem sollten wir die Vereinten Nationen nicht beschimpfen und verachten.

Für viele, viele Staaten — besonders in Lateinamerika, Afrika und Asien — sind die Vereinten Nationen das einzige Fenster in der Weltpolitik. Wenn man zu Hause bleibt, wird man von den zahlreichen kleinen heimatlichen Schwierigkeiten überhäuft. In New York hat man dagegen den Eindruck, an den Bewegungen der Weltgeschichte aktiv beteiligt zu sein: man glaubt, höhere und bessere Luft zu atmen. Etwas ähnliches wie zu Beginn der Parlamente, wo der kleine Rechtsanwalt aus der Provinz in der Hauptstadt eine Rolle in der großen Politik seines Landes zu spielen glaubte. Wenn man diese ihnen angenehme Tribüne schmäh, oder wenn man sie zu ihren Ungunsten ändern will, dann reagieren sie. Wir haben das auch jüngst gesehen: die Reaktion auf die russischen Schmähungen der Vereinten Nationen war kein großer Erfolg.

Jedes dieser Länder hat seine eigenen Wünsche, Bestrebungen und Befürchtungen. Die öffentliche Meinung der Welt — das, was ich das Weltgewissen nenne — besteht aus dem Zusammenströmen dieser individuellen Bestrebungen. Sie ändern sich, sie lassen sich beeinflussen. Wir können sie mehr in unsere Richtung lenken. Es ist nicht leicht; die Russen haben es zweifellos leichter als wir: ich habe schon gesagt, warum. Aber man muß auch zugeben, daß die ganze westliche Politik auf dieser Ebene bisher keine große Geschmeidigkeit gezeigt hat. Wir stehen in Verteidigungsstellung, ja, wir sitzen

auf der Anklagebank — wir waren die Richter und sind es nicht mehr. Warum? Weil wir noch nicht sehen wollen, wie die Welt wirklich heute ist. Wir wollen uns nicht den neuen Umständen anpassen. Die Zeiten der Größe Europas sind vorbei: aber sie sind eine Sache der jüngsten Vergangenheit. Ich habe vor kurzem ein Buch gelesen über das Ende der Habsburgischen Monarchie. Es schien mir etwas wie die Geschichte der staufischen Kaiser: dann, fast mit Bestürzung, wurde ich mir bewußt, daß das Ereignisse meiner Jugend waren; daß ich noch den Kaiser von Deutschland, den Kaiser von Österreich, den Kaiser von Rußland mit eigenen Augen, wenn auch als Kind in der Menge, gesehen hatte. Der Umsturz in den Weltbeziehungen war zu scharf und zu groß. Wir können die Vergangenheit nicht vergessen: aber auch die nicht engagierten Länder können die Vergangenheit nicht vergessen. Diese zweiseitige Reaktion wirkt sich gegen uns aus. Aber wir müssen uns mit der heutigen Weltlage abfinden.

Die kommunistische Welt ist eine Welt für sich, in ihrem eigenen festen Glauben eingeschlossen. Solange diese Welt kommunistisch ist, solange sie an ihren dialektischen Materialismus glaubt, können wir keinen Einfluß auf sie haben. Politisch kann man sowieso zeitliche Entspannungen haben: eine wirkliche Verständigung ist nicht möglich. Sie wollen unseren Standpunkt nicht verstehen; sie können es nicht. Darum ist es an sich nutzlos, sie zu überzeugen versuchen: man kann sie nicht eigentlich propagandieren. Man könnte sagen, daß beinahe dasselbe für den Westen gilt. Solange wir keine Kommunisten geworden sind, haben die kommunistischen Argumente auf uns nur sehr geringen Einfluß, manchmal erreichen sie gerade das Gegenteil.

Aber es gibt eine dritte Gruppe, die Neutralen, die Entwicklungsländer, die ehemaligen Kolonialländer, die nicht engagiert sind. Es sind diese Länder, die die Mehrheit der Vereinten Nationen bilden können; der öffentlichen Meinung der Welt: sie können sich für unsere Konzeption des Gewissens der Welt entscheiden oder für das Gewissen der kommunistischen Welt. Sie sind noch zu gewinnen, wenigstens zum Teil; wir müssen sie gewinnen. Aber um das zu erreichen, müssen wir unsere Haltung, unsere Positionen, unsere Stellungen, unsere Propaganda völlig ändern.

Bei dieser Propaganda genügt es nicht, jenen Ländern Geld zu geben: wie man das Geld gibt, kann wichtiger sein als das Geben an sich. Und Politik ist wichtig: psychologische Handlung, psychologische Anpassung sind nötig. Es gibt bei uns noch eine gewisse Tendenz, diese nicht engagierten Länder als nicht völlig erwachsene Kinder zu betrachten. Es mag, bis zu einem gewissen Grad, auch wahr sein, aber diese Haltung verletzt und verstimmt sie und dadurch werden sie dem Sirengesang unserer Gegner zugänglicher.

Die Vereinten Nationen können kein erhabener Welrichter sein: wir, die ganze Welt, sind noch nicht reif dafür.

Die Vereinten Nationen können nicht mehr ein Werkzeug der Politik des Westens sein: diese Zeiten sind vorbei und kommen nicht wieder.

Wir können diese unangenehm gewordenen Vereinten Nationen verlassen und zu zerstören versuchen. Aber damit wäre das Problem für uns nicht gelöst: die öffentliche Meinung der Welt, das Gewissen der Welt, besteht auch ohne die Vereinten Nationen, mit seinen Tendenzen. Es ist fraglich, ob es für uns leichter zu gewinnen wäre ohne den New Yorker Sammelpunkt.

Die Vereinten Nationen können nützlich sein, um Konflikte zu entschärfen — das heißt, um den Frieden zu erhalten: wie ich soeben zu erklären versucht habe, in gewissen Grenzen und Möglichkeiten. Um dieses politische clearing house mehr zu unseren Gunsten zu bewegen, dürfen wir nicht von Änderungen der Charta träumen. Vereinte Nationen, für uns nach Maß, sind nicht mehr zu schaffen. Wir müssen uns mit dem Möglichen begnügen: wir müssen nur versuchen, bei den Vereinten Nationen eine bessere Propaganda zu treiben, als wir es bisher gemacht haben.

Die Vereinten Nationen und ihre Möglichkeiten sind ein Teil der friedlichen Koexistenz: die friedliche Koexistenz ist, an sich, Politik und Propaganda. Wir müssen auch bei den Vereinten Nationen Politik und Propaganda treiben: und so weit wie möglich versuchen, geschlossen aufzutreten — wir, der Westen — so wie unsere kommunistischen Gegner geschlossen auftreten.

Politik und Propaganda, und zwar mit Worten und Taten, wie ich vorhin gesagt habe. Die beste Propaganda taugt nichts, wenn sie nicht von politischen Taten, der Propaganda entsprechend, begleitet ist. Ein Sprichwort sagt, daß Lügen kurze Beine haben. Das sagen wir den Kindern, aber das gilt auch für Erwachsene und auch in der Politik.

Das dürfen unsere Gegner nicht vergessen, aber wir dürfen das ebenfalls nicht vergessen.

Anmerkung:

Pietro Quaroni, geboren in Rom am 3. Oktober 1898. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Promovierung zum Dr. jur. Eintritt in den diplomatischen Dienst. Am 6. Juli 1920 als Legations-Attaché nach Konstantinopel. Anschließend Dienst in Buenos Aires (1923), Moskau (1925), Tirana (1928), im Außenministerium in Rom (1931). 1932 zum Legationsrat ernannt. Mitglied zahlreicher Delegationen bei internationalen Konferenzen, u. a.: italienisch-französische Konferenz von 1932; Internationale Konferenz über Luftfahrt-Privatrecht von 1933; Konferenz von Rom über die Revision der Berner Transport-Konventionen. April 1935 Sachverständiger bei der Konferenz von Stresa. Im September des gleichen Jahres zum Generalkonsul in Saloniki ernannt. 1936 mit dem Titel eines Bevollmächtigten Ministers nach Kabul versetzt. 1943 zum Botschafter in Moskau ernannt. Mitglied der italienischen Delegation der Friedenskonferenz in Paris und New York. 1947 bis März 1958 Botschafter in Paris. Seit 1. April 1958 Botschafter in Bonn.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung Das PARLAMENT Hamburg 36 Gänsemarkt 21/23. zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung Hamburg 36 Gänsemarkt 21/23. Telefon 34 12 51